

Pflegebedürftige Personen im Haushalt und das Erwerbsverhalten verheirateter Frauen

Home Care of the Elderly and the Employment Behavior of Married Women

Thorsten Schneider*

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Längsschnittdaten und Mikroanalyse, Königin-Luise-Str. 5, D-14915 Berlin

Sonja Drobnič*

Universität Bremen, EMPAS und Sonderforschungsbereich 186, Postfach 330440, D-28334 Bremen

Hans-Peter Blossfeld*

Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, Postfach 100131, D-33501 Bielefeld

Zusammenfassung: Im vorliegenden Beitrag werden die Auswirkungen von pflegebedürftigen Personen im Haushalt auf das Erwerbsverhalten verheirateter Frauen im Alter von 40 bis 65 Jahren untersucht. Als Datengrundlage dient das Sozio-oekonomische Panel. Die empirischen Ergebnisse der Längsschnittanalyse unterstützen die These, dass verheiratete Frauen bei Anwesenheit eines Pflegefalls im Haushalt eine erhöhte Neigung zur Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit haben. Damit zeigt sich ein bemerkenswerter Unterschied zur Betreuung von Kindern, bei der sich in den letzten Jahrzehnten die Kompromissstrategie „Teilzeiterwerbstätigkeit“ als Lösung des Konfliktes zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit zunehmend herauskristallisiert hat. Der Beitrag demonstriert außerdem, dass bei Frauen mit hohem Erwerbseinkommen der Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Pflegeübernahme größer ist. Gleichzeitig ergibt sich aber auch, dass mit höherem Haushaltseinkommen Erwerbsunterbrechungen zugunsten von häuslicher Pflege wahrscheinlicher werden. Die zunehmende Alterung der Gesellschaft und der damit verbundene Anstieg von Pflegefällen könnten somit vor allem zu Lasten von Frauen verlaufen.

1. Einleitung

Der Anteil der Alten an der Gesamtbevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen und wird in Zukunft noch weiter beachtlich steigen (Lutz/Scherbov 1998: 97). Mit dieser Alterung der Gesellschaft ist auch eine *Zunahme der Anzahl Pflegebedürftiger* verbunden. Neueste Schätzungen gehen von einem Anstieg der Zahl Pflegebedürftiger von derzeit 1,93 Millionen auf 2,94 Millionen im Jahr 2020 und 4,73 Millionen im Jahr 2050 aus (Schulz et al. 2001: 70f.). Eine andere bedeutsame Entwicklung, die sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat, ist die starke *Erhöhung der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen*.

Diese zwei makrostrukturellen Prozesse scheinen auf den ersten Blick nicht viel miteinander zu tun zu haben. Wird aber die Frage aufgeworfen, wer die Pflege alter Menschen in Deutschland übernimmt, dann richtet sich das Augenmerk nicht nur auf die institutionalisierte Pflege in Heimen, sondern vor allem auf die Frauen in Privathaushalten. Dort sind nämlich gegenwärtig 80 Prozent der Hauptpflegepersonen Frauen (Schneekloth/Müller 2000: 52ff.). Mit zunehmender Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen dürfte sich deswegen eine Verschärfung des Vereinbarkeitsproblems von Erwerbstätigkeit und Pflege ergeben.

Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen lässt sich seit vielen Jahrzehnten feststellen. Dazu haben u. a. die Bildungsexpansion, von der Frauen im Vergleich zu Männern im stärkeren Maße profitiert haben (Blossfeld 1985, 1989, 1991), und natürlich der generelle Wandel der Rolle der Frau in der Gesellschaft (Blossfeld 1995, Blossfeld/Drobnič 2001) beigetragen. Die erhöhte Erwerbsneigung spiegelt sich vor allem in einem veränderten Erwerbsverhalten in der Familienphase wider.

* Die in dieser Veröffentlichung verwendeten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wurden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, bereitgestellt. Für hilfreiche Hinweise und konstruktive Kritik der anonymen Gutachter und der Herausgeber der Zeitschrift für Soziologie bezüglich einer früheren Fassung dieses Papiers möchten wir uns herzlich bedanken.

So hat z. B. die Eheschließung bei Frauen als Austrittsursache aus dem Erwerbsleben an Bedeutung verloren, und der Grund für die Beendigung der Erwerbstätigkeit verlagert sich stattdessen zunehmend auf das Ereignis der Geburt des ersten Kindes (Blossfeld/Hakim 1997, Lauterbach 1994). Gleichzeitig reduzieren sich diese Ausstiege zunehmend auf kürzere temporäre Unterbrechungen, in denen vor allem Kleinkinder betreut werden. Trotz des beeindruckenden Anstiegs der Erwerbsbeteiligung verheirateter Frauen zeigen ihre Erwerbsbiografien aber noch immer nicht den typisch männlichen Verlauf. Viele verheiratete Mütter nutzen in Deutschland vor allem Teilzeitarbeit, um Familien- und Berufarbeit miteinander zu vereinbaren (Blossfeld/Rohwer 1997, Stephan 1995, Schupp 1991). Frauen orientieren sich somit im Gegensatz zu Männern in ihren Erwerbsentscheidungen weiterhin stark an den Bedürfnissen und Aufgaben der Familie (Blossfeld/Drobnič 2001; vgl. auch Drobnič/Schneider 2000).

Ausgehend von der zunehmenden strukturellen Verschärfung des Konfliktes zwischen Pflege und Erwerbstätigkeit bei Frauen wird die Beantwortung der Frage, wie die Anwesenheit pflegebedürftiger Personen im Haushalt das Erwerbsverhalten verheirateter Frauen beeinflusst, sozialpolitisch in steigendem Maße bedeutsam. Im vorliegenden Aufsatz möchten wir diese Frage mit Hilfe einer Längsschnittanalyse untersuchen, mit der in der vergangenen Dekade bereits zahlreiche Analysen vor allem zu den Effekten von Kindern auf das Erwerbsverhalten von Frauen durchgeführt worden sind (Blossfeld/Drobnič 2001, Blossfeld/Hakim 1997, Drobnič 1997, Drobnič et al. 1999, Kurz 1998, Lauterbach et al. 1994, Stephan 1995). Dabei beschränkt sich die Untersuchung auf Personen, die gemeinsam in einem Haushalt leben. Außerhäusliche Pflege wird in unserer Analyse nicht berücksichtigt.

Im empirischen Teil werden wir zuerst untersuchen, ob die Anwesenheit einer pflegebedürftigen Person im Haushalt einen Einfluss auf Erwerbsunterbrechungen bei verheirateten Frauen hat. Dabei wird besonderes Gewicht auf das Erwerbseinkommen der Frauen und die ökonomische Lage des gesamten Haushalts gelegt. In weiteren Untersuchungsschritten werden die erwerbstätigen Frauen in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte unterschieden, da erstere zwar in der Regel ein höheres Einkommen, aber auch ein geringeres Zeitbudget für familiäre Aufgaben haben. Schließlich wird drittens untersucht, ob der Wechsel in eine Teilzeitbeschäftigung eine Strategie Vollzeit beschäftigter Frauen ist, um die konkurrieren-

den Anforderungen von Pflege und Erwerbstätigkeit besser zu vereinbaren.

2. Ausgewählte Befunde

Bevor wir die Ergebnisse unserer Untersuchung präsentieren, möchten wir zuerst bereits vorliegende Befunde zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit, zur Struktur der Pflegepersonen und zu den Auswirkungen von Pflegebedürftigkeit in der Familie auf die Beschäftigungssituation der Pflegenden zusammenfassen.

2.1 Pflegebedürftigkeit und Lebensalter

Pflegebedürftige Personen sind in ihren Fähigkeiten in Folge von Krankheiten, Unfällen oder Altersgebrechen auf Dauer stark beeinträchtigt, dies meist irreversibel. Sie sind nur teilweise oder gar nicht mehr in der Lage, eine eigenständige Lebensführung aufrechtzuerhalten, weil sie z. B. in ihrer körperlichen Mobilität oder Motorik eingeschränkt sind. Pflegebedürftigkeit ist ein Risiko, das überwiegend ältere Menschen trifft und mit zunehmendem Alter rasant ansteigt. In Abbildung 1 sind die Anteile pflegebedürftiger Personen an der Bevölkerung im Jahre 1999 dargestellt, soweit sie Leistungen aus der sozialen oder privaten Pflegeversicherung erhalten haben. Die Abbildung zeigt für verschiedene Altersgruppen, wie hoch jeweils der Anteil Pflegebedürftiger ist. Für Personen unter 60 Jahren ist der Anteil der zu Pflegenden 0,55 Prozent. In der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen beträgt er bereits über 2 Prozent. Und in den folgenden Altersgruppen steigt die Prävalenzrate geradezu exponentiell an. Bei den 85- bis unter 90-Jährigen ist bereits jede dritte Person pflegebedürftig und bei den über 90-Jährigen mehr als die Hälfte. Dementsprechend setzt sich die Gruppe der Pflegebedürftigen zu 80 Prozent aus Personen zusammen, die älter als 60 Jahre sind. Aufgrund der Alterung der Gesellschaft wird prognostiziert, dass dieser Anteil in Zukunft weiter steigen wird, auf fast 90 Prozent im Jahr 2020 (Schulz et al. 2001: 67–71).

2.2 Struktur der Pflegepersonen

70 Prozent der Pflegebedürftigen leben in Privathaushalten (BMG 2000). In 80 Prozent der Fälle tragen die Frauen dort die Last als Hauptpflegeperson. Die größte Gruppe, die in der Familie pflegt,

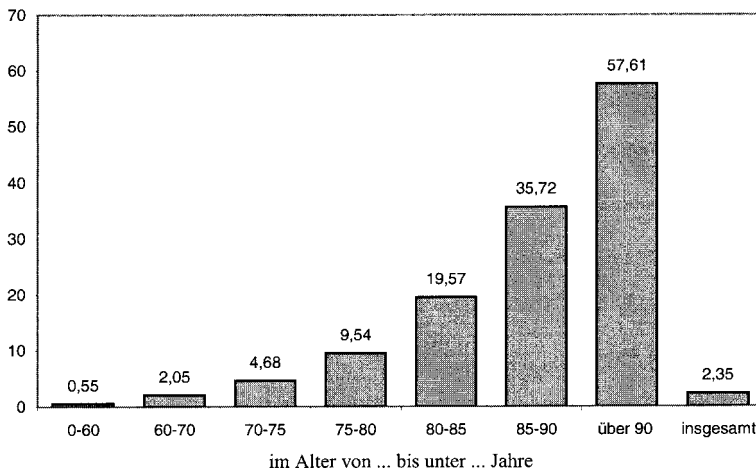


Abb. 1 Prävalenzraten von Pflegebedürftigkeit nach Altersgruppen im Jahr 1999 in Prozent

Quelle: Schulz/Leidl/König 2001: Tabelle 1, S. 68

ist die der (Schwieger-)Töchter mit 33 Prozent. Ihr stehen nur 5 Prozent von pflegenden (Schwieger-)Söhnen gegenüber. Die zweitgrößte Gruppe wird von den Ehefrauen gestellt. Ihr Anteil beläuft sich auf 20 Prozent. Von den Ehemännern pflegen aber immerhin noch 12 Prozent ihre Partnerin (Schneekloth/Müller 2000: 52ff.). Dass mehr Ehefrauen ihren Ehemann pflegen als umgekehrt, liegt größtenteils an der höheren Lebenserwartung von Frauen und an dem nach wie vor gegebenen inner-ehelichen Altersunterschied zwischen Männern und Frauen. Die restlichen Pflegegruppen sind Mütter/Väter (13 Prozent), sonstige Verwandte (10 Prozent) und Nachbarn/Bekannte (7 Prozent) (Schneekloth/Müller 2000: 52ff.).

In der Bundesrepublik Deutschland waren nach einer Infratest-Studie aus dem Jahre 1998 zwei Drittel der Pflegepersonen im erwerbsfähigen Alter (16–64 Jahre) nicht erwerbstätig. Der größte Teil war bereits vor Übernahme der Pflege nicht erwerbstätig (39 Prozent). Von den Personen, die zu Beginn der Pflegeübernahme noch erwerbstätig waren (59 Prozent¹), gaben 27 Prozent ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Pflege auf, 24 Prozent schränkten sie ein und 49 Prozent gingen weiterhin unverändert einer Erwerbstätigkeit nach (Schneekloth/Müller 2000: 60). Da es sich bei dieser Infratest-Untersuchung aber um eine Querschnittsstudie handelt, also um eine Momentaufnahme, bleiben die hochkomplexen zeitbezogenen Interdependenzen zwischen der Dynamik des Pflegeverlaufes und der Veränderung des Erwerbsverlaufes allerdings weitgehend unbeachtet.

2.3 Konfligierende Anforderungen

Dass erwerbstätige Frauen, die gleichzeitig pflegen, zwei konfligierenden Anforderungen ausgesetzt sind, belegen zahlreiche empirische Studien (Beck 1997: 201ff., Brody et al. 1987, Gottlieb et al. 1994: 818f., Neal et al. 1993: 129–137, Scharlach/Boyd 1989). So haben Arbeitnehmer mit familiären Pflegeverpflichtungen mehr Fehltag, verspäteten Arbeitsbeginn, ein vorzeitiges Arbeitsende sowie häufigere Arbeitsunterbrechungen als Personen ohne zusätzliche Pflegeetätigkeit (und ohne betreuungsbedürftige Kinder). Die Studien zeigen, dass Pflegepersonen häufiger Konzentrationsstörungen während der Arbeit haben und dass deren Produktivität darunter leidet. Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung können aus zeitlichen Gründen meist nicht wahrgenommen werden. Weiterhin weisen Pflegepersonen mehr Stresssymptome auf; auch schränken sie weitgehend ihre Freizeitaktivitäten wie ehrenamtliche Arbeit oder Unterhaltung privater Kontakte zugunsten der Pflegeetätigkeit ein. Die meisten Studien kommen zu dem Schluss, dass mit zunehmender Pflegebedürftigkeit die Erwerbstätigkeit der pflegenden Personen eher stark oder sogar sehr stark beeinträchtigt wird (vgl. Schneekloth/Müller 2000).

Aber auch die subjektive Wahrnehmung des Pflege-Erwerbstätigkeits-Konfliktes ist bedeutsam. So weisen pflegende Frauen größere Belastungen als pflegende Männer auf, wenn der Grad der Pflegebedürftigkeit und die Arbeitsbedingungen kontrolliert werden (Neal et al. 1993: 135). Auch haben pflegende Frauen eine andere Wahrnehmung als pflegende Männer und damit verbunden andere Lö-

¹ Für 2 Prozent der Personen liegen keine Angaben vor.

sungsstrategien des Pflege-Erwerbstätigkeits-Konfliktes. Dallinger (1997: 277) betont beispielsweise, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit mit besonderem Nachdruck rechtfertigen, während Männer sie als unhinterfragte Normalität nicht problematisieren. Zwar unterliegen sowohl verheiratete als auch nichtverheiratete Frauen diesem Rechtfertigungszwang; die Entscheidung für eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zugunsten der Pflege kommt aber in der Regel nur bei verheirateten Frauen in Frage, was auf die zumeist vorhandene finanzielle Absicherung durch den Ehepartner zurückzuführen ist (vgl. dazu auch Schulz et al. 2001: 73). Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass 80 Prozent der Pflegepersonen in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland verheiratet sind (Schneekloth/Müller 2000: 55).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass hauptsächlich Frauen pflegen, dass diese Frauen in der Regel verheiratet sind und dass der überwiegende Teil von ihnen noch im erwerbsfähigen Alter ist. Gleichzeitig erhöht die Alterung der Gesellschaft die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftige Angehörige zu haben. Der Rückzug aus dem Arbeitsmarkt aufgrund von familiärer Pflege ist für diese Frauen mit einer Reihe von Nachteilen verbunden. Den Frauen entstehen zunächst langfristig Lücken in der eigenen Alterssicherung.² Darüber hinaus haben diese Frauen besonders große Schwierigkeiten, nach der Beendigung der Pflege wieder einen Einstieg in das Erwerbsleben zu finden, da die Pflege vor allem im Alter über 40 Jahre geleistet wird. Eine Pflegeunterbrechung führt deswegen nicht selten zum vorzeitigen Ruhestand (Dallinger 1997: 74). Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Pflege bedeuten auch den Verlust des Kollegenkreises und der Anerkennung für geleistete Arbeit von außen. Schließlich führt ein solcher Schritt zu einer unmittelbaren Verringerung des Erwerbseinkommens, so dass die Pflegeentscheidung auch eine Frage des sonstigen verfügbaren Familieneinkommens ist.

3. Theoretische Ansätze

In diesem Abschnitt möchten wir die Frage erörtern, warum die Pflege im Haushalt überhaupt übernommen wird und wie das Spannungsverhältnis

von Erwerbstätigkeit und Pflegetätigkeit theoretisch bestimmt werden kann.

3.1 Pflegeübernahme und generalisierte Reziprozität

Für die historisch neue Situation, dass mehrere Generationen gleichzeitig leben, die Lebenserwartung steigt und mit dem medizinischen Fortschritt Multimorbidität und damit Pflegebedürftigkeit zunimmt, scheint es nach Hollstein und Bria (1998) für die Pflegeübernahme in der Familie noch keine klaren Verhaltensnormen in unserer Gesellschaft zu geben.³ Das Verhältnis zwischen den pflegebedürftigen Eltern und ihren erwachsenen Kindern kann man aber nach diesen Autoren am besten auf der Grundlage des *Konzepts des sozialen Tauschs* verstehen (Gouldner 1984b; vgl. auch Blau 1994).

Im Vergleich zum ökonomischen Tausch, bei dem Leistungen und Gegenleistungen sofort und explizit verrechnet werden, ist der soziale Tausch dadurch charakterisiert, dass die Gegenleistung erst irgendwann in der Zukunft erfolgt. Für den Gebenden ist deswegen immer ungewiss, ob seine Vorleistungen tatsächlich auch erwidert werden oder nicht. Auch ist beim sozialen Tausch die Art der Gegenleistung weitgehend unbestimmt. Das heißt, das soziale Tauschverhältnis ist durch eine *generalisierte Reziprozität* gekennzeichnet, bei der kein exakter Ausgleich von Leistung und Gegenleistung erwartet wird (Wentowski 1981: 604). Dies hat zur Folge, dass größere Vorleistungen beim sozialen Tausch riskant sind und in der Regel nur dann erbracht werden, wenn sich der Austausch auf Vertrauen gründet (Blau 1994: 155). Die sozialen Austauschbeziehungen erhalten damit eine besondere Quali-

² Entgegen weit verbreiteter Annahmen lässt sich auch aus historischer Perspektive für europäische Gesellschaften familiäre Pflegeübernahme als „Selbstverständlichkeit“ oder als normativ geregeltes Handlungsmuster nicht belegen. Der „Mythos von der Großfamilie“ (Mitterauer 1977, Rosenbaum 1982) und von der Hochschätzung des Alters in der vorindustriellen Zeit West- und Mitteleuropas und die damit verbundene Vorstellung, dass alte, pflegebedürftige Menschen bis zum Tod im Schoße der Familie würdevoll gepflegt worden wären, erweisen sich als nicht haltbar (Borscheid 1992). „Kurze Krankheit, schneller Tod“ (Tews 1994: 32; vgl. auch Imhof 1981) aufgrund geringer medizinischer Kenntnisse und Versorgung sowie schlechter Lebensbedingungen ließen in dieser historischen Zeit Pflegebedürftigkeit als andauernden Zustand nur äußerst selten auftreten. Nicht die Versorgung durch die Familie sicherte die Lebensgrundlagen alter Menschen, sondern die Eigenarbeit (Borscheid 1992: 49).

² Bezüglich der Alterssicherung hat sich die Situation für Pflegepersonen durch die Einführung der Pflegeversicherung verbessert, da unter bestimmten Bedingungen von der Pflegekasse Beiträge zur Renten- und Unfallversicherung geleistet werden.

tät, weil die Beziehung an sich einen hohen Stellenwert erhält und die Bereitschaft zur Gegenleistung in spezifischen Bedürfnissituationen, z. B. bei Pflegebedürftigkeit, als selbstverständlich angesehen wird.

Hollstein und Bria (1998) nehmen an, dass es für Eltern und erwachsene Kinder ein soziales Tauschverhältnis gibt, das der Logik der generalisierten Reziprozität folgt. Danach leisten die Eltern weit über die Kindheit und Ausbildungszeit ihres Nachwuchses hinaus Transfers. Besonders im dritten und vierten Lebensjahrzehnt, in der Phase der beruflichen Konsolidierung und der Familiengründung, erhalten Kinder von ihren Eltern deutlich mehr Unterstützung, als diese ihren Eltern erwidern (Rossi/Rossi 1990; vgl. auch Vaskovics 1997). Dabei handelt es sich nicht nur um materielle Güter, sondern auch um Hilfen beim Berufsstart oder bei der Betreuung der Enkelkinder. Erwachsene Kinder bekommen also von ihren Eltern in einem Zeitraum Hilfe, in dem sie durchaus als mündige Austauschpartner gelten können. So berichten pflegende Kinder in qualitativen Interviews nicht selten konkret von vorher erbrachten Leistungen (Hollstein/Bria 1998: 6). Pflegeübernahme wird in dieser Konstellation als reziproke Gegenleistung verstanden. Die Kinder nehmen dabei insbesondere eine lebensgeschichtliche Bilanzierung der von ihren Eltern erbrachten Leistungen vor, wobei das Vorliegen einer positiven emotionalen Beziehung zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern nicht notwendiger Bestandteil der Bereitschaft für die Übernahme von Pflege ist (Schmidtke 1987: 75, Schütze/Lang 1992: 339).

Hollstein und Bria diskutieren aber nicht, warum es geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Pflegeübernahme gibt. In der Literatur wird jedoch immer wieder betont, dass intergenerationale Pflege vor allem Frauensache sei (so z. B. Conen 1998: 139ff., Schmidtke 1987). Auch bleibt unklar, wie sich das Verhältnis zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Pflege im Einzelnen gestaltet. Insbesondere werden keine eindeutigen Aussagen, die den Zusammenhang zwischen Pflegeübernahme, Einkommenssituation und der Höhe früherer Transfers spezifizieren, abgeleitet. Schließlich bleiben aktuelle oder zukünftige Transfers der Pflegebedürftigen an die Pflegeperson unberücksichtigt. Der Einfluss der ökonomischen Situation des Haushalts auf die Erwerbstätigkeit von potenziell Pflegenden wird jedoch, wie gleich gezeigt werden wird, in ökonomischen Theorien berücksichtigt.

3.2 Pflegeübernahme als Ergebnis von Haushaltsproduktion und Spezialisierung

Nach der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie stellt sich für Individuen das Problem, Arbeitszeit und Freizeit („leisure“) so zu kombinieren, dass der Nutzen der Akteure maximiert wird. Dabei erhöhen die Akteure die Zahl ihrer Arbeitsstunden so lange, bis der Nutzen aus einer zusätzlichen Arbeitsstunde genau so hoch ist wie der Nutzen, der durch die Aufgabe einer zusätzlichen Stunde Freizeit verloren geht. Freizeit wird in diesem Grundmodell also im Sinne von „Genuss“ betrachtet.

Davon unterscheiden sich neuere Ansätze der Haushaltsproduktion wie etwa der von Becker (1993a: 97ff.), die dem Begriff „Freizeit“ eine andere Bedeutung verleihen. Danach können auch während der „Freizeit“ im Haushalt Güter und Dienste produziert werden. So werden in Beckers Theorie z. B. Reinigungsarbeiten oder die Erziehung von Kindern als vom Haushalt produzierte „Güter“ (so genannte Haushaltsgüter) bezeichnet, für deren Herstellung freie Zeit – meistens verbunden mit dem Einsatz von Marktgütern – benötigt wird. Die zeitliche Aufteilung von marktmäßiger Erwerbstätigkeit und „Freizeit“ wird deswegen nicht mehr nur über die Einkommenshöhe bestimmt, sondern auch über Veränderungen, die in der Haushaltsproduktion stattfinden. Stehen beispielsweise neue Marktgüter zur Verfügung, die die Produktivität der Haushaltsproduktion erhöhen wie etwa im Falle der Einführung von Waschmaschinen, so wird weniger Zeit für die Hausarbeit benötigt und damit kann die gewonnene Zeit im Erwerbssystem „nutzbringender“ eingesetzt werden. Erhöht sich das Erwerbseinkommen, kann die „Freizeit“ zum Beispiel durch Verringerung von zeitintensivem Konsumverhalten oder durch die Ersetzung von Haushaltsgütern durch Marktgüter eingeschränkt werden. Eine Erhöhung des Arbeitsangebots aufgrund steigender Löhne wird als Substitutionseffekt bezeichnet.

Den Gütern aus der Haushaltsproduktion können nach Becker Schattenpreise zugeordnet werden. So hat jede Stunde Freizeit, die nicht durch marktvermittelte Erwerbstätigkeit genutzt wird, den Wert einer entgangenen Arbeitsstunde. Für den Erwerb der in der Haushaltsproduktion eingesetzten Marktgüter wird ein Einkommen benötigt, das sich aus Arbeitseinkommen und anderen, nicht auf Erwerbstätigkeit beruhenden Einkommensarten zusammensetzt. Zu den letzteren zählen Gewinne aus Vermögen und staatliche Transfers wie z. B. Kinder- oder Pflegegeld. Wichtig ist, dass ohne Einkommen

keine Marktgüter für die Haushaltsproduktion erworben werden können und somit der Gesamtnutzen immer aus einer Kombination von Markt- und Haushaltsgütern maximiert werden muss.

Welche Möglichkeiten eröffnet Beckers Neukonzeptualisierung der „Freizeit“ in der Theorie der Haushaltsproduktion für unsere Fragestellung, ob Akteure ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder sogar gänzlich aufgeben, wenn ein Pflegefall im Haushalt eintritt?

(1) Vor die Situation gestellt, die Pflege eines Verwandten zu übernehmen, kann in einer Familie eine Reorganisation der Produktion der Haushaltsgüter erfolgen. So könnten andere zeitintensivere Freizeitaktivitäten eingeschränkt oder gar eingestellt und die Produktion von zeitaufwendigen Haushaltsgütern zugunsten des Kaufs vergleichbarer Marktgüter (z. B. Kauf von Fertiggerichten) aufgegeben werden. Durch diese Neustrukturierung hätte die Übernahme der Pflege keinen Effekt auf die Erwerbstätigkeit der Akteure. Dies ist natürlich nur möglich, wenn die Pflege nicht zu zeitintensiv ist.

(2) Durch die Übernahme der Pflege wird die Produktion von Haushaltsgütern und damit die „Freizeit“ aufgewertet. Dies könnte zu einer Verschiebung des Gleichgewichts zwischen marktvermittelter Erwerbstätigkeit und „Freizeit“ zugunsten letzterer führen. In Fällen, in denen eine Pflege „rund um die Uhr“ nötig ist, müsste bei alleiniger Pflege die Erwerbstätigkeit völlig aufgegeben werden, was nur bei ausreichendem Haushaltseinkommen möglich ist. Die Wahrscheinlichkeit der Erwerbsaufgabe sollte aber um so geringer sein, je höher das Erwerbseinkommen und somit die Opportunitätskosten der Pflegeperson sind.

(3) Eine Alternative oder Ergänzung zur Pflegeübernahme durch Angehörige ist der Rückgriff auf professionelle Pflegeanbieter. So könnten Pflegepersonen den Schattenpreis einer Stunde selbst erbrachter Pflege mit dem Wert einer Stunde eines Pflegeanbieters vergleichen. Übertreffen die Ausgaben für die professionelle Pflege das entgangene Einkommen aus eigener Erwerbsarbeit, müsste die Erwerbsarbeit reduziert oder gänzlich aufgegeben werden.

(4) Durch die Einführung der Pflegeversicherung im April 1995 können Pflegebedürftige unter Erfüllung bestimmter Bedingungen Geldleistungen empfangen (§§ 1, 37 SGB XI). Werden diese an die Person, die die Pflege leistet, weitergegeben, steigt deren Einkommen aus Nicht-Erwerbstätigkeit und folglich sollte eine Reduzierung der Erwerbstätigkeit einsetzen. Der gleiche Effekt müsste sich durch re-

gelmäßige Geldzahlungen vom Pflegefall an die Pflegeperson einstellen.

Aus der Theorie der Haushaltsproduktion lassen sich keine eindeutigen Hypothesen aufstellen, ob die „Freizeit“ neu strukturiert wird (Fall 1) oder die Erwerbstätigkeit reduziert wird (Fall 2). Dem Fall (1) sind aber dann deutliche Grenzen gesetzt, wenn eine zeitaufwendige Dauerpflege notwendig ist. Punkt (3) zeigt die Auswirkungen, die die Nutzung eines professionellen Anbieters haben kann. Damit wird aber nicht berücksichtigt, dass der selbst-erbrachten Pflege eine nicht-monetäre Motivation (z. B. im Falle von intergenerationaler Pflege aufgrund generalisierter Reziprozität) zugrunde liegen kann. Zwar könnte die institutionalisierte Pflege billiger sein, aber aus persönlichen, moralischen oder religiösen Gründen könnte eine häusliche Pflege bevorzugt werden. Die Wirkungsweise von staatlichen oder privaten Transfereinkommen auf das Erwerbsverhalten der Akteure, wie unter Punkt (4) dargestellt, scheint allerdings unumstritten.

Wie oben bereits erwähnt, müssen für die Produktion von Haushaltsgütern meistens auch Marktgüter eingesetzt werden. Somit kann eine Pflegeperson ihre Erwerbstätigkeit nur dann vollständig aufgeben, wenn dies das übrige Haushaltseinkommen erlaubt. Da bei zusammenlebenden oder verheirateten Akteuren nicht nur das eigene Einkommen als Handlungsgrundlage dient, muss eine Erweiterung des Modells der Haushaltsproduktion erfolgen, in dem das Einkommen des gesamten Haushalts einbezogen wird. Die Beschränkung der Erwerbsentscheidung auf einzelne Personen hält auch Dallinger für vollkommen unzureichend, wenn diese Personen verheiratet sind. Aus ihrer qualitativen Untersuchung folgert sie: „Die Erwerbstätigkeit steht im Rahmen dessen zur Disposition, was für das Ehepaar günstig bzw. wertvoll ist. Eine familiäre Nutzung der Zeit der Ehefrau in der Versorgung erscheint z. B. im Lichte der hohen Kosten für pflegerische Dienstleistungen, die die Frau während der Erwerbstätigkeit ersetzen, attraktiver als der Zeiteinsatz in der Erwerbstätigkeit. Diese Belastung des Familienbudgets setzt sich unter Umständen gegen das individuelle Interesse der Frau durch“ (Dallinger 1998: 108).

Aufgrund unterschiedlicher Investitionen in das Humankapital erzielen die Ehepartner im Haushalt in der Regel unterschiedlich hohe Einkommen aus ihrer Erwerbstätigkeit. Das Prinzip der Arbeitsteilung nach dem komparativen Vorteil (Becker 1993b) besagt dann, dass sich derjenige Partner, der sich bisher im Lebenslauf bereits stärker auf marktvermittelte Erwerbstätigkeit spezialisiert hat und

deswegen ein höheres Einkommenspotential besitzt, noch mehr auf die Erwerbstätigkeit spezialisieren wird, während der andere Partner sich zunehmend auf die Aufgaben und Tätigkeiten im Haushalt konzentrieren wird. Beckers Theorie ist im Prinzip geschlechtsneutral. Denn falls die Ehefrau aufgrund ihrer Bildung und Erwerbstätigkeit ein größeres Einkommenspotential als ihr Ehemann hat, sollte der Ehemann die Erwerbstätigkeit unterbrechen und sich um den Haushalt kümmern. Empirisch zeigt sich aber, dass die Beckersche Theorie des komparativen Vorteils in Deutschland nicht auf Ehepaare zutrifft. So können Blossfeld et al. (2001: 60) anhand einer Analyse mit den Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass „even in those couples where wives have a much higher earnings potential than their husbands, husbands will normally work full-time and the wives (...) will adjust their paid (full-time and part-time) work in response to family demands“. Ziehen sich Frauen zugunsten der Kindererziehung ganz oder teilweise aus dem Arbeitsmarkt zurück, findet eine zunehmende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb von Ehen statt, die sich bei Ehemännern als Humankapitalvorteile auf dem Arbeitsmarkt und bei Ehefrauen als Vorteile in der Haushaltsproduktion auswirken. Für die Frage, wer die Pflege im Falle des Falles übernimmt, heißt das also, dass weniger die Männer mit ihren hohen Einkommenspotentialen, sondern vor allem Frauen mit ihren spezifischen Investitionen in die Familienarbeit in Frage kommen. Mit anderen Worten, die Betreuung und Pflege von Kindern verbessert das Wissen in den Bereichen Krankenpflege und Hygiene. Hinzu kommt, dass Frauen, die wegen einer Heirat oder Kindererziehung über einen längeren Zeitraum ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben, bereits Einbußen in ihrem Humankapital erlitten haben, so dass auf sie auch aufgrund ihrer geringeren Einkommenschancen die Pflegeübernahme eher zukommt.

Gegenüber dem ökonomischen Ansatz bleibt kritisch anzumerken, dass die These einer kontinuierlichen Veränderbarkeit der Arbeitszeiten in modernen Gesellschaften (noch) unrealistisch ist. Auch bleibt offen, ob die Pflegeübernahme den Wert der „Freizeit“ erhöht und somit zu einer Reduzierung der Erwerbstätigkeit führt oder ob „lediglich“ eine Neustrukturierung des Freizeitbereichs vorgenommen wird. Schließlich sprechen gegen die Theorie von Becker auch die Ergebnisse neuerer empirischer Längsschnittuntersuchungen. So resümieren zum Beispiel Drobnič und Blossfeld (2001: 372) in ihrer international vergleichenden Studie zur Karriere

von (Ehe-)Paaren: „Gender role change has been generally asymmetric, with a greater movement of women into the traditional male sphere than vice versa. This means that in most countries, regardless of being capitalist or socialist, liberal, conservative or social democratic, the traditional role performance of women has changed considerably, while the dimensions of role specialisation in dual-earner couples have not transformed to the same extent. (...) This conclusion is supported by a stream of case studies which show that even though most women do paid work, the responsibility and recognition for provision still falls mainly on men, and both women and men are ambivalent about women as providers. (...) In general, men seem better able than women to keep paid work and family as separate spheres of life, while women in part shape their participation in the market place in response to family needs.“ In der vorliegenden Untersuchung klammern wir deswegen die Männer aus und beschränken unsere empirische Analyse der Wirkungen familialer Pflegefälle auf das Erwerbsverhalten von verheirateten Frauen.

3.3 Pflegeübernahme und Rational Choice Theorie

Um einen besseren theoretischen Zugriff auf die Einbettung der Erwerbsentscheidungen von Frauen in die sozialen Strukturen zu erhalten, ziehen wir zusätzlich einen Rational Choice Ansatz heran.⁴

⁴ Dallinger (1998) kommt in ihrer theoretischen Diskussion verschiedener handlungstheoretischer Ansätze zu dem Schluss, dass die Rational Choice Theorie für die Behandlung des Pflege-Erwerbstätigkeits-Konfliktes nicht geeignet sei. So sei das Konzept des Wissensvorrates von Schütz besser geeignet als Annahmen über Habits und Frames, da Wissensvorräte nicht nur zur Suchkostenminimierung beitragen, sondern auch anschlussfähige Kommunikation produzieren würden. Aber Akteure in neueren RC-Theorien orientieren sich in ihrer Entscheidung durchaus an der Wahrnehmung ihrer Umwelt, um negative Sanktionen, die zum Beispiel bei Ablehnung der Pflegeübernahme im Verwandten- und Freundeskreis entstehen können, zu vermeiden. Auch bietet der von Dallinger herangezogene Ansatz der Ökonomie der Praxis von Bourdieu keine grundsätzlich andersgeartete Erklärung. „Selbst Handlungen, die ihrem Selbstverständnis nach zweckfrei und interesselos zu sein behaupten – wie die ihrem modernen Selbstverständnis nach ‚rein‘ emotionalen familiären Beziehungen – begreift Bourdieu als auf die Maximierung von symbolischem Kapital ausgerichtet. (...) Eine Tochter, die vor der Wahl der familiären Pflege oder des Berufes steht, hat also zwischen Feldern mit unterschiedlicher Weise der Kapitalerzielung zu wählen. Darin enthält das Feld Familie und Pflege die Möglichkeiten, das Kapital zu gewinnen,“

Hier wird Beckers Annahme einer gemeinsamen Haushaltsnutzenfunktion zugunsten individueller Kalküle aufgegeben, wobei der Haushaltskontext weiterhin berücksichtigt wird. Rational handelnde Akteure werden also nicht als freischwebende Individuen gedacht, sondern als in der Wahl ihrer Handlungen und deren Folgen in einen bestimmten sozialen Kontext eingebunden (vgl. Blossfeld/Prein 1998, Coleman 1991, Esser 1996: 82–102).

Dieser Ansatz geht insbesondere davon aus, dass die Akteure bestimmte Präferenzen haben und auf der Grundlage ihrer bisherigen Erfahrungen und vorliegenden Informationen entscheiden („Bound- ed Rationality“). Die Folgen möglicher Handlungen werden von den Akteuren, soweit dies möglich ist, antizipiert und verglichen. Es wird ferner angenommen, dass die Akteure stets nur beschränkte Ressourcen haben, so dass sie einen Entscheidungsmechanismus brauchen. Nach der Rational Choice Theorie werden die Handelnden diejenige Handlungsoption wählen, von der sie sich den größten Nutzen versprechen. Da das verfolgte Ziel einzelner Akteure in Wechselwirkung mit den Handlungen anderer Akteure steht, können nichtintendierte Folgen absichtsvollen Handelns entstehen (Lindenberg 1977, Lindenberg/Wippler 1978: 223f., Merton 1936, Raub/Voss 1981: 27, Wippler 1978).

Nach Blossfeld und Müller (1996: 386) machen es „(...) strukturelle Umstände (...) für einige Individuen einfach, ein Ziel zu erreichen; sie erschweren es anderen erheblich; und, in extremen Fällen, schließen sie die Erreichung eines Zieles für verschiedene Individuen sogar völlig aus“. Solche strukturellen Umstände, wie zum Beispiel die Bedingungen der sozialen Klasse, das Einkommen, die Situation von Schwangerschaft oder zu versorgenden Kindern, sind häufig relativ einfach zu messende Größen, wohingegen individuelle Präferenzen und Motivationen deutlich schwieriger zu erheben sind. Dies ist besonders im Bereich der Lebenslauforschung der Fall, die mit retrospektiven Längsschnittdaten arbeitet (Blossfeld/Müller 1996: 407). In der modernen Sozialstrukturanalyse wird deswegen weitgehend darauf verzichtet, die Motivationen der Handelnden selbst zu erheben. Stattdessen konzen-

triert man sich auf allgemeine Erklärungsmodelle des sozialen Handelns (vgl. Blossfeld/Prein 1998). Dabei wird aber nicht notwendigerweise die Akteursperspektive über Bord geworfen und das Konzept der rationalen Wahl einfach aufgegeben. Vielmehr geht man von theoretischen Modellen mit typischen Handelnden in typischen sozialen Handlungssituationen aus, die dann zur Interpretation statistischer Zusammenhänge herangezogen werden (Prein 1998). Voraussetzung dieses Verfahrens sind allerdings individuelle Längsschnittdaten.

Für die Erklärung des Erwerbsverhaltens von Frauen müssen zunächst personenbezogene und haushaltsbezogene Merkmale (z. B. „versorgungspflichtige Kinder“) als theoretisch gehaltvolle Handlungsbeschränkungen in Rechnung gestellt werden. Auch makrostrukturelle Restriktionen, wie etwa die Chance der Nutzung von Kindergärten oder das Vorhandensein von Pflegediensten, werden die Entscheidung von Frauen, erwerbstätig zu sein oder nicht, beeinflussen. Nicht zu vergessen sind unterschiedliche gesellschaftliche Normen und Einstellungen, wie sie zum Beispiel hinsichtlich der (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit bei Frauen in Ost- und Westdeutschland noch existieren.

Als Handlungsbeschränkung, die eine Pflegeübernahme in der Familie wahrscheinlicher werden lässt, sind in erster Linie die Kosten zu nennen, die bei einer Heimunterbringung der zu Pflegenden entstehen. Reichen Rente und Vermögen der pflegebedürftigen Person zur Deckung der Heimkosten nicht aus, greift die „Hilfe zur Pflege“, ein Bestandteil des Bundessozialhilfegesetzes (§§ 68, 69). Sozialhilfe ist jedoch nach dem Prinzip der Subsidiarität nachrangig (§ 2 BSHG), so dass Ehepartner, Kinder oder Eltern der pflegebedürftigen Person für die geleisteten Zahlungen aufkommen müssen, wenn die Kommunen der Ansicht sind, dass sie aufgrund ihres Einkommens und Vermögens regresspflichtig gemacht werden können. Die Antizipation potenzieller Zahlungen, die bei einer Heimunterbringung entstehen, erhöht die Wahrscheinlichkeit der Versorgung Pflegebedürftiger in Privathaushalten. Auch nach Einführung der Pflegeversicherung sind die Heimunterbringungskosten derart hoch, dass weiterhin 44 Prozent der westdeutschen und 29 Prozent der ostdeutschen institutionalisierten Pflegegeldempfänger Sozialhilfe beziehen (Schneekloth/Müller 2000: 179ff.). Ebenso kann durch familiäre Pflege der Verlust des Elternvermögens, wie z. B. Haus- und Grundeigentum, und damit der Verlust der potenziellen Erbschaft aufgehalten werden.

muß nicht automatisch der Beruf das ‚nützlichere‘ sein“ (Dallinger 1998: 102f.). Die Erzielung von Kapital ist doch nichts anderes als die Erhöhung des Nutzens. Wenn auch nicht unbedingt eines direkten Nutzens, so doch zumindest eines abgeleiteten Nutzens. Eine Denkfigur, die in der RC-Theorie auch wiederzufinden ist. So hat Geld i.d.R. keinen eigenen Nutzen, sondern der Kauf eines begehren Gutes.

4. Daten und Methoden

In der vorliegenden Untersuchung werden Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) verwendet. Das SOEP ist eine Längsschnitterhebung, die als Datengrundlage für verschiedene Analysen zum sozialen und ökonomischen Wandel in Deutschland dient. Die thematischen Schwerpunkte sind Erwerbsbiografien, Einkommen, familiäre Strukturen, Wohnungsgeschichte, Zeitverwendung und die Veränderungen in der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten des Lebens (siehe z.B. Burkhauser et al. 1997).

Das Panel startete 1984 in der Bundesrepublik Deutschland und wurde 1990 noch vor der Währungsunion um ostdeutsche Haushalte erweitert. In unserer Analyse greifen wir auf die Altstichprobe A (in der Regel Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand) und auf die Oststichprobe C zurück. Bei der jährlich stattfindenden Panel-Befragung werden für jeden Monat des vergangenen Kalenderjahres die Erwerbsbiografie und die Bildungsbeteiligung mit einem Kalendarium erfasst, so dass im Idealfall über alle Befragungsjahre hinweg ein lückenloser Verlauf vorliegt. Ereignisse der Bildungs- und Erwerbsbiografie, die vor der ersten jährlichen Erhebung liegen, werden einmalig retrospektiv mit dem sogenannten Biografieschema erhoben.

Wir richten in unserer Untersuchung das Hauptaugenmerk auf zwei parallele Prozesse: die Anwesenheit von Pflegefällen im Haushalt und die Erwerbsbiografie verheirateter Frauen. Dabei werden das Auftreten von Pflegefällen als „abhängige Ereignisse“ und die Veränderungen im Erwerbsstatus als „abhängige Ereignisse“ modelliert.⁵ Zu den methodischen Fragen bei der Analyse paralleler und interdependenter Prozesse aus einer kausalen Perspektive mit Hilfe der Ereignisanalyse verweisen wir auf Blossfeld und Rohwer (1995), Pötter und Blossfeld (2001) sowie Blossfeld und Mills (im Erscheinen). Das Beobachtungsfenster beginnt für Westdeutsche im Juli 1984 und für Ostdeutsche im Juli 1991 (weil erst von diesen Zeitpunkten an jeweils brauchbare Angaben zu pflegebedürftigen Personen erhoben werden) und endet im Dezember 1996 (mit der 14. Erhebungswelle). Die Analysen werden auf verheiratete Frauen im Alter von 40 Jahren an beschränkt, da die Pflege älterer Famili-

enangehöriger von jüngeren Frauen nur sehr selten übernommen wird (siehe dazu Schulz et al. 2001).

Der Einfluss des Auftretens familiärer Pflegefälle auf die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen wird im empirischen Teil des vorliegenden Beitrags anhand von drei Übergängen untersucht. Zuerst werden Erwerbsunterbrechungen ganz allgemein untersucht, das heißt, es wird nicht zwischen Voll- und Teilzeit erwerbstätigen Frauen unterschieden. Bei dem zweiten Übergang untersuchen wir Austritte aus einer Teilzeiterwerbstätigkeit in den Hausfrauenstatus. Eine gesonderte Betrachtung von Voll- und Teilzeiterwerbstätigen ist sinnvoll, da Teilzeiterwerbstätigkeit als Möglichkeit erachtet wird, die konkurrierenden Lebensbereiche Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Vereinbarung dieser rivalisierenden Anforderungen durch Teilzeiterwerbstätigkeit wurde jedenfalls in Deutschland als Lösungsmöglichkeit für den Konflikt zwischen (Klein-)Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit bestätigt (vgl. z.B. Blossfeld/Drobníč 2001, Blossfeld/Hakim 1997, Kurz 1998). Teilzeit erwerbstätige Frauen haben aber in der Regel geringere Einkommen, um Pflege- und Haushaltsdienste auf dem Markt zu kaufen, und geringere Opportunitätskosten bei der Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit. Da die Kosten von Pflegediensten oder Heimunterbringung den eigenen Verdienst leicht übertreffen können, sollten sich diese Frauen zugunsten familiärer Pfl egetätigkeit vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

In der dritten Analyse untersuchen wir Übergänge aus Vollzeitbeschäftigung in den Hausfrauenstatus einerseits und Übergänge in die Teilzeiterwerbstätigkeit andererseits. Hier berücksichtigen wir zwei verschiedene Reaktionsmöglichkeiten bei Eintritt eines Pflegeereignisses. Wegen der hohen Kosten für Pflegedienstleistungen ist es für Vollzeit erwerbstätige Ehefrauen nicht sinnvoll, in eine Teilzeiterwerbstätigkeit zu wechseln. Stattdessen erwarten wir, dass sie entweder zur Deckung der Kosten für Pflegedienstleistungen weiterhin Vollzeit erwerbstätig bleiben oder zugunsten der häuslichen Pflege ihre Erwerbstätigkeit ganz aufgeben.

Für die drei zu untersuchenden Übergänge wurden die SOEP-Erwerbsepisoden neu konstruiert. Aufeinanderfolgende Teilzeit- und/oder Vollzeitbeschäftigungen wurden für die erste Analyse von Erwerbsunterbrechungen zu einer einzigen Erwerbsepisode zusammengefasst, die mit einem Ereignis endet, wenn eine Person in den Hausfrauenstatus wechselt. Die Erwerbsepisode ist rechtzensuriert, wenn sie über das Ende des Beobachtungsfensters hinausreicht, oder wenn ein Übergang in einen an-

⁵ Aufgrund der Datenlage können wir nur Erwerbsentscheidungen untersuchen, wenn der Pflegefall sich innerhalb des Haushalts befindet. Einflüsse von außerhäuslichen pflegebedürftigen Familienangehörigen können wir hier somit nicht berücksichtigen.

deren Status als Hausfrau (z. B. Rentnerin, arbeitslos) vollzogen wird. Bei der zweiten Untersuchung bilden aufeinanderfolgende Teilzeitbeschäftigungen eine Erwerbsepisode, die mit einem Ereignis endet, wenn ein Übergang in den Hausfrauenstatus stattfindet. Dasselbe Verfahren wurde zur Konstruktion von Vollzeitepisoden für die dritte Untersuchung angewendet. Da für Vollzeitbeschäftigte zwei konkurrierende Risiken analysiert werden, können Vollzeitepisoden mit zwei verschiedenen Ereignissen enden: zum einen mit dem Zustand „Hausfrau“ und zum anderen mit dem Zustand „Teilzeit beschäftigt“.

Da die Angaben zu einem Pflegefall jeweils nur für den aktuellen Erhebungszeitpunkt der Panelbefragung erhoben werden, die Erwerbsverläufe aber auf Monatsbasis vorliegen, wurde die Querschnittsangabe über das Vorliegen eines *Pflegefalls im Haushalt* auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt. Der Beginn eines Pflegefalls wird auf Juli des Vorjahres⁶ und das Ende des Pflegefalls auf Dezember des aktuellen Jahres datiert. Mit dem Befragungsinstrument wurden von 1985 bis 1990 hilfe-/pflegebedürftige Personen mit drei verschiedenen Kategorien erfasst, in den folgenden Jahren mit vier Kategorien. Für die vorliegende Untersuchung wurde eine Dummyvariable gebildet, die den Wert 1 annimmt, wenn folgende Bedürftigkeitskategorien vorliegen: „Schwierige Pflegetätigkeiten, z. B. Hilfe beim Umbetten, Stuhlgang usw.“ und „Einfachere Pflegetätigkeiten, z. B. Hilfe beim An- und Auskleiden, Waschen, Kämmen oder Rasieren“ (beide Kategorien von 1991 an) sowie „Person ist dauerhaft bettlägerig“ und „Person ist nicht bettlägerig, braucht aber Hilfe bei den täglichen Verrichtungen im Haushalt“ (beide Kategorien bis 1990). Personen der letztgenannten Kategorie werden auch den Pflegefällen zugerechnet, da nicht alle pflegebedürftigen Personen bettlägerig sind. So können zum Beispiel Alzheimerpatienten unter so starker Demenz leiden, dass sie ständige Beobachtung benötigen, obwohl sie körperlich noch einigermaßen mobil sind. Eine Nichtbeachtung dieser Antwortkategorie würde zu einer Untererfassung von Pflegebedürftigen führen. Weiterhin wird die Analyse auf Pflegefälle beschränkt, die 60 Jahre und älter sind, da sich die Untersuchung auf Pflegeleistungen zugunsten alter Menschen konzentriert. Dabei wird auf die in der Literatur übliche Altersgrenze von 60 Jahren Bezug genommen (Tews 1994; vgl. auch die Definition des Altenquotienten bei Lutz/Scherbov 1998). Eine tabellarische Variablenbeschreibung

befindet sich im Anhang, in der alle Angaben über die Pflegevariable und über die Konstruktion der Kontrollvariablen enthalten sind.

Durch den Einbezug von Kontrollvariablen soll verhindert werden, dass Einflüsse der Variable „Pflegefall im Haushalt“ lediglich auf Scheineffekten beruhen. Deshalb wird zunächst das Alter des jüngsten Kindes berücksichtigt, da empirische Studien (z. B. Drobnič 1997, Lauterbach et al. 1994: 188ff.) dieses als einen der Hauptfaktoren für die Erwerbsbeteiligung von Frauen dokumentiert haben. Je jünger das Kind ist, desto wahrscheinlicher sollte ein Austritt aus der Erwerbstätigkeit sein. Das Alter des jüngsten Kindes wird mit Hilfe von drei Dummy-Variablen berücksichtigt: eine für Kinder im Vorschulalter („*Kind unter 6. J.*“), eine für Grundschulkind („*Kind 6-10 J.*“) und eine für Kinder zwischen 10 und 16 Jahren („*Kind 10-16 J.*“).

Neben dem Alter des jüngsten Kindes ist auch das Bildungsniveau der Frauen eine wichtige Kontrollvariable. Da nach der Humankapitaltheorie (Mincer 1974) bei höheren Bildungsinvestitionen höhere Einkommen auf dem Arbeitsmarkt erwartet werden, sollten Frauen mit höherer Bildung seltener aus der Erwerbstätigkeit aussteigen und weniger häufig ihre Erwerbstätigkeit von Vollzeit auf Teilzeit reduzieren als Frauen mit geringerer Bildung. Die *Bildung* der Frauen wird mit einer metrischen Proxy-Variable operationalisiert, und zwar als Anzahl von Schuljahren, die notwendig ist, um den höchsten biografisch erreichten schulischen und beruflichen Abschluss zu erlangen. Dabei werden die üblichen Regelzeiten verwendet, die für eine Schullaufbahn und für eine Ausbildung benötigt werden, um den entsprechenden Abschluss zu erreichen (Blossfeld 1985).

Neben der Bildung der Frauen wird ihr zukünftiges Einkommenspotential auch noch mit Hilfe ihres in der Vergangenheit jeweils erreichten *Erwerbseinkommensniveaus* gemessen. Mit steigendem Erwerbseinkommen nehmen die Opportunitätskosten von zukünftigen Arbeitszeitreduzierungen und Erwerbsunterbrechungen zu. In der vorliegenden Studie werden die Bruttojahreseinkommen in der Maßeinheit 1000 DM berücksichtigt; sie beziehen sich auf das gesamte jeweils vorangegangene Jahr.⁷ Bei gegebenem Haushalts-

⁷ Die Einkommensangaben sind dem Cross National Equivalent File des SOEP entnommen. Bei den Daten zum Erwerbseinkommen gibt es einige wenige Ausfälle; je nach Jahr fehlen zwischen 0,6 und 2,2 Prozent der Einkommensangaben. Um einen Einflussschritt zu vermei-

⁶ Die Befragungen finden in der Regel im Frühjahr statt.

einkommen müsste nach der Humankapitaltheorie und der ökonomischen Theorie der Familie bei den Frauen der Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Pflegeübernahme um so größer sein, je höher das eigene Erwerbseinkommen ist. Diesen Zusammenhang überprüfen wir mit Hilfe des zeitveränderlichen Interaktionseffekts *„Pflegefall und Erwerbseinkommen“*.

Wie bei der Diskussion der neuen ökonomischen Theorie der Familie und des Rational Choice Ansatzes deutlich wurde, hängen Entscheidungen über das Erwerbsverhalten einzelner Personen aber auch von der Einkommenssituation des gesamten Haushalts ab. Deshalb berücksichtigen wir neben dem Erwerbseinkommen auch das verfügbare *Haushaltseinkommen* als zeitveränderliche Kovariable. Dabei werden die Erwerbseinkommen aller Haushaltsmitglieder und die Transfereinkommen wie z. B. Renten oder Sozialhilfezahlungen in einem Betrag zusammengefasst. Da mit zunehmender Haushaltgröße der finanzielle Bedarf steigt, aber gleichzeitig aufgrund gemeinsamen Wohnens und „Wirtschaftens“ Skaleneffekte eintreten, wird für unsere Analyse ein Haushaltsäquivalenzeinkommen berechnet. Die verwendete Äquivalenzskala orientiert sich an den Regelsatzproportionen der Sozialhilfe (für einen Überblick verschiedener Äquivalenzskalen siehe Buhmann et al. 1998). Unter der Voraussetzung, dass die Erwerbseinkommen der Frauen in der Analyse kontrolliert sind, erwarten wir aufgrund der ökonomischen Theorie der Familie im Falle von steigenden Haushaltseinkommen eine steigende Neigung der Frauen, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen, da bei höherem Haushaltseinkommen die ökonomische Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit sinkt.

Da in Deutschland die Kosten von Pflegediensten und Heimunterbringung rasch sehr hoch werden können und nach dem Bundessozialhilfegesetz der Ehepartner, die Kinder oder die Eltern der pflegebedürftigen Person mit den Kosten für diese Pflegeleistungen belastet werden können, sollte die Neigung der Frauen zur Arbeitszeitreduktion bzw. Erwerbsunterbrechung insbesondere dann hoch sein, wenn in ökonomisch besser gestellten Haushalten ein Pflegefall auftritt. In der Analyse wird dieser Zusammenhang mit Hilfe des zeitveränderlichen Interaktionseffekts *„Pflegefall und Haushaltseinkommen“* überprüft.

Die individuelle Arbeitsmarktbindung der Frauen soll durch die Anzahl der Jahre, die bisher in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigungen verbracht wurden, erfasst werden (*„Jahre in Vollzeit“*, *„Jahre in Teilzeit“*). Austritte aus einer Beschäftigung sollten dabei mit zunehmender Beschäftigungsdauer (in Teilzeit- oder Vollzeitarbeit) unwahrscheinlicher werden, und Übergänge von einer Vollzeitenerwerbstätigkeit in eine Teilzeiterwerbstätigkeit sollten mit zunehmender Erfahrung mit Teilzeitarbeit wahrscheinlicher werden. Obwohl bei der Analyse des Übergangs von der Erwerbstätigkeit in die Nichterwerbstätigkeit aufeinanderfolgende Erwerbsepisoden zu einer einzigen zusammengefasst wurden, wurde berücksichtigt, in welchen Zeiträumen der Erwerbstätigkeit Vollzeit oder Teilzeit gearbeitet wurde. Da in der Regel aus Vollzeitbeschäftigung ein höheres Einkommen folgt, sollte eine „freiwillige“ Erwerbsunterbrechung von Vollzeitbeschäftigten mit größeren Opportunitätskosten verbunden sein. Auch kann für Vollzeitbeschäftigte eine höhere Arbeitsmarktorientierung angenommen werden. Die Variable *„Vollzeit beschäftigt“* hat den Wert 1, wenn eine solche Beschäftigung vorliegt, ansonsten den Wert 0.

Als makrostrukturelle Variable wird die Stichprobenzugehörigkeit (*„Ost-Sample“*) aufgenommen. Zwar sind Frauen aus Ostdeutschland durch den Zusammenbruch der DDR von Arbeitslosigkeit stark betroffen, aber die Übergänge in den Status Hausfrau, die zumindest einen zeitweisen „freiwilligen“ Rückzug aus dem Arbeitsmarkt bedeuten, sollten in Ostdeutschland unwahrscheinlicher sein, da die ostdeutschen Frauen eine höhere Erwerbsorientierung aufweisen als Frauen in Westdeutschland. Als weiterer makrostruktureller Indikator für Arbeitsmarktorientierung dient die *Erwerbsquote verheirateter Frauen* (Datenquelle: StBA 1998: 261,349). Sie wird als in der Zeit wie auch nach der Stichprobenzugehörigkeit veränderlich berücksichtigt.⁸ Bei einer höheren Erwerbsquote sollten weniger Übergänge in den Hausfrauenstatus zu zeichnen sein.

Mit Ausnahme der Variablen *„Ost-Sample“* und *„Höchster Bildungsabschluss“* sind alle Variablen zeitveränderlich konstruiert. Das heißt, sie erfassen die Veränderungen der Zustände über die Zeit (z. B. das Eintreten eines Pflegefalls) oder werden, bei kontinuierlichen Variablen, jährlich aktualisiert

den, wird diesen fehlenden Werten das durchschnittliche Erwerbseinkommen der Frauen in unserer Stichprobe (nach Jahr sowie Ost- und Westdeutschland differenziert) zugeordnet.

⁸ Da für Frauen aus Ostdeutschland für das Jahr 1992 kein Wert vorliegt, wurde diesem Jahr der mittlere Wert (70,9) aus dem vorangegangenen (73,0) und folgenden Jahr (68,9) zugeordnet. Date | 2/17/19 4:29 PM

(wie z. B. „Jahre in Vollzeit“). Diese zeitveränderlichen Kovariablen sind durch das Verfahren des Episodensplittings in unsere Untersuchung aufgenommen worden. Dabei wird für jeden Zeitpunkt, zu dem eine unabhängige Variable ihren Wert ändert, die bestehende Episode in Subepisoden aufgeteilt. In einem folgenden Schritt werden den Subepisoden die aktuellen Werte der zeitveränderlichen Kovariablen zugeordnet. Diese Methode erlaubt insbesondere eine kausale Analyse von interdependenten Prozessen (siehe Blossfeld et al. 1999, Blossfeld/Mills im Erscheinen, Blossfeld/Rohwer 1995, Pötter/Blossfeld 2001).

Um die Austritte aus der Beschäftigung und die Übergänge von der Vollzeit- in Teilzeitbeschäftigung zu untersuchen, werden die Verfahren der Ereignisanalyse angewendet (Allison 1995, Blossfeld et al. 1986, Blossfeld/Rohwer 1995, Rohwer/Pötter 1998). Mit Exponentialmodellen werden die Raten für Übergänge von einem Ausgangszustand j (z. B. Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt) in einen Zielzustand k (z. B. Hausfrau) geschätzt. In der dritten Teilanalyse verwenden wir ein Modell mit konkurrierenden Risiken, mit einem Ausgangszustand (Vollzeit beschäftigt) und zwei Zielzuständen ($k = 1$: Hausfrau, $k = 2$: Teilzeit beschäftigt). Für jeden der beiden Übergänge wird eine eigene Konstante $\alpha^{(jk)}$ und für die unabhängigen Kovariablen, repräsentiert durch den Vektor $X(t)^{(jk)}$, werden eigene Koeffizienten $\beta^{(jk)}$ geschätzt:

$$r_{jk}(t) = \exp(\alpha^{(jk)} + X(t)^{(jk)} \beta^{(jk)})$$

5. Empirische Ergebnisse

Vor der Präsentation unserer Ergebnisse möchten wir daran erinnern, dass wir uns in unserer Analyse auf verheiratete Frauen beschränken, die irgendwann zwischen ihrem 40. und 65. Lebensjahr Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren. Von diesen Frauen haben in unserer Stichprobe drei Prozent mindestens in einer der untersuchten Erwerbstätigkeitsepisoden einen Pflegefall im Haushalt, der den oben genannten Kriterien entspricht. Davon sind etwas weniger als ein Viertel dieser Frauen mit der zu pflegenden Person verheiratet, d. h., sie leisten Partnerpflege, während drei Viertel dieser Frauen Töchter oder Schwiegertöchter sind, die die Pflege intergenerational erbringen. Wir werden in unserer Analyse aber nicht zwischen intergenerationalen und Partnerpflege-Ereignissen unterscheiden. Zum einen sind bei unserem geringen Stichprobenumfang die Unterschiede zwischen diesen Ereignissen nicht statistisch sinnvoll analysierbar. Zum an-

deren ist diese Unterscheidung im vorliegenden Zusammenhang auch theoretisch sekundär. Im Vordergrund unserer Analyse steht der Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und häuslicher Pflege bei Frauen und weniger das Problem, ob es sich bei dem zu Pflegenden um den Partner oder um ein (Schwieger-)Elternteil handelt.

5.1 Übergang von der Erwerbstätigkeit zum Hausfrauenstatus

In Tabelle 1 werden für verheiratete Frauen die Schätzergebnisse für den Übergang aus einer Erwerbstätigkeit in den Hausfrauenstatus wiedergegeben. Im ersten Modell sind nur Variablen enthalten, die sich auf den familiären Betreuungs- und Pflegebedarf beziehen. Dabei zeigt sich, dass die Variable „Pflegefall im Haushalt“ einen hochsignifikanten und positiven Effekt auf Übergänge in den Status Hausfrau hat. So erhöht das Eintreten eines Pflegefalls im Haushalt die Erwerbsunterbrechungsrate der verheirateten Frauen um 146 Prozent.⁹ Im Falle von Kindern im Vorschul- und Grundschulalter zeigen sich ebenfalls die erwarteten signifikante Effekte auf die Unterbrechungsrate einer Beschäftigung, während bei älteren Kindern der Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit eine geringere Bedeutung hat.

In Modell 2 bestätigt sich die Hypothese, dass mit zunehmender Arbeitsmarkterfahrung Erwerbsunterbrechungen unwahrscheinlicher werden. Da wir gleichzeitig den jeweils aktuellen Erwerbsstatus (Vollzeitbeschäftigung versus Teilzeitbeschäftigung) kontrollieren und Vollzeitbeschäftigte eine deutlich niedrigere Unterbrechungsrate haben als Teilzeitbeschäftigte, fällt der partielle Effekt der Berufserfahrung bei Vollzeittätigkeit weniger stark negativ ins Gewicht als der für die Teilzeitbeschäftigung. Frauen aus Ostdeutschland haben dementsprechend in der Regel eine geringere Unterbrechungsneigung als westdeutsche Frauen.

Die Variable Bildung hat in Modell 2 in Übereinstimmung mit der Humankapitaltheorie einen hemmenden Einfluss auf die Übergangsrate in den Hausfrauenstatus. Kontrollieren wir aber in Modell 3 das Erwerbseinkommen der Frauen und ihr Haushaltseinkommen, dann dreht sich das Vorzeichen der Bildungsvariablen um. Mit anderen Worten, Bildung fungiert in Modell 2 noch als Proxy-Variablen für zwei sehr unterschiedliche Phänomene: Zum einen führen höhere Bildungsinvestitionen zu einem

⁹ Da $(\exp(0,899) - 1) \cdot 100\% = 146\%$

Tabelle 1 Schätzergebnisse für die Übergangsrate aus einer Erwerbstätigkeit in den Hausfrauenstatus für verheiratete Frauen über 40 Jahre¹

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5		Modell 6	
	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik
Konstante	-5,349**	-99,70	-3,487**	-14,98	-3,351**	-3,99	-1,907*	-2,28	-3,753**	-4,58	-1,378 ⁺	-1,72
Pflegefall im HH	0,899**	3,32	0,791**	2,91	0,862**	3,14	2,476**	6,94	0,129	0,25	1,616**	2,87
Interaktion Pflegefall und HHeinkommen									0,024 ⁺	1,94	0,029*	2,49
Interaktion Pflegefall und Erwerbseinkommen der Frau							-0,151**	-3,46			-0,152**	-3,30
Kind unter 6 J.	1,068**	5,16	0,634**	2,97	0,500*	2,30	0,679**	3,14	0,420 ⁺	1,95	0,728**	3,41
Kind 6–10 J.	1,022**	7,36	0,569**	3,92	0,666**	4,55	0,569**	3,82	0,597**	4,14	0,613**	4,21
Kind 10–16 J.	0,206 ⁺	1,87	-0,116	-1,02	-0,142	-1,24	-0,127	-1,10	-0,182	-1,60	-0,096	-0,85
HHeinkommen					0,009**	2,70	-0,005	-1,36				
Erwerbseinkommen der Frau					-0,087**	-16,53			-0,085**	-16,26		
Höchster Bildungsabschluss			-0,031 ⁺	-1,67	0,059**	3,10	-0,020	-1,05	0,069**	3,71	-0,029	-1,56
Vollzeit beschäftigt			-1,430**	-10,64	-0,265 ⁺	-1,90	-1,387**	-10,30	-0,276*	-1,97	-1,397**	-10,40
Jahre in Vollzeit			-0,031**	-5,22	-0,012*	-2,13	-0,031**	-5,16	-0,012*	-2,07	-0,033**	-5,46
Jahre in Teilzeit			-0,054**	-7,66	-0,034**	-5,08	-0,052**	-7,48	-0,034**	-5,04	-0,054**	-7,64
Öst-Sample			-1,539**	-5,87	-1,261*	-2,44	-0,779	-1,52	-1,605**	-3,23	-0,440	-0,91
Erwerbsquote verh. Frauen					-0,002	-0,89	-0,003 ⁺	-1,90	-0,001	-0,27	-0,005**	-2,72
Log Likelihood			-3361,94		-3150,73		-2961,88		-3133,39		-2963,40	
												-3131,83

1828 Frauen (1222 west-, 606 ostdeutsche) mit 2537 Episoden, davon enden 549 Episoden in dem Status Hausfrau.

** $\alpha \leq 0.01$; * $\alpha \leq 0.05$; + $\alpha \leq 0.1$.

höheren Erwerbseinkommen und dadurch vermittelt zu einer niedrigeren Unterbrechungsrate. Dies ist der Humankapitaleffekt von Bildung, der in Modell 2 sicherlich dominant war und zu einem signifikant negativen Effekt geführt hat. Zum anderen bedeutet höhere Bildung aber auch, dass höher gebildete Frauen eine bessere Chance hatten, einen Partner mit ebenfalls hoher Bildung und hohem Einkommen zu heiraten. Sie sind deswegen einem geringeren ökonomischen Druck ausgesetzt, weiterhin erwerbstätig zu sein. Dies ist der Homogamieeffekt von Bildung (siehe dazu Blossfeld/Timm 1997 sowie Blossfeld/Drobnič 2001), der dann hervortritt, wenn der Humankapitaleffekt durch das Erwerbseinkommen der Frauen kontrolliert wird. In dieser Weise sind auch die negativen Effekte des Erwerbseinkommens der Frauen und die positiven Effekte des Haushaltseinkommens auf die Neigung, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen, zu interpretieren.

Auch nach Kontrolle der jeweils gegenwärtigen Erwerbssituation und der vorangegangenen Erwerbsbiografie bleibt die Pflegevariable hoch signifikant. Sie weist in Modell 3 sogar einen stärkeren Effekt auf als die Variablen für Kinder im Vorschul- oder Grundschulalter. Somit können wir davon ausgehen, dass Pflegefälle im Haushalt für Frauen im Alter von 40 bis 65 Jahren einen wichtigen Grund für eine Erwerbsunterbrechung darstellen.

In Modell 4 überprüfen wir nun, ob bei den Frauen der Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Pflegeübernahme um so größer ist, je höher das eigene Erwerbseinkommen ist. Der negative Koeffizient des Interaktionseffekts „Pflegefall und Erwerbseinkommen“ steht im Einklang mit der Humankapitaltheorie. Die Hürde, die Erwerbstätigkeit bei einem Pflegefall zu unterbrechen, scheint somit um so größer zu sein, je höher das Erwerbseinkommen der Frau ist. Der Effekt der Variable Pflegefall erhöht sich dabei aber noch einmal. In einem weiteren Schritt untersuchen wir in Modell 5 den Interaktionseffekt „Pflegefall und Haushaltseinkommen“. Da in Deutschland die Kosten von Pflegediensten und Heimunterbringung hoch sind und nach dem Bundessozialhilfegesetz der Ehepartner, die Kinder oder die Eltern der pflegebedürftigen Person für die Kosten dieser Pflegeleistungen in die Pflicht genommen werden, falls Einkommen und Vermögen der pflegebedürftigen Person zur Kostendeckung nicht ausreichen, sollte die Neigung der Frauen zu Arbeitszeitreduktion bzw. Erwerbsunterbrechung insbesondere dann hoch sein, wenn das Haushaltseinkommen hoch und das Erwerbseinkommen der Frauen kontrolliert ist. Der signifikant positive In-

teraktionseffekt „Pflegefall und Haushaltseinkommen“ zeigt, dass es tatsächlich diese Tendenz gibt. Je höher das Haushaltseinkommen, desto eher unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgrund von Pflegeereignissen.

In Modell 6 werden beide Interaktionseffekte und der Haupteffekt „Pflegefall im Haushalt“ aufgenommen. Dabei zeigt sich, dass die in den beiden vorhergegangenen Modellen festgestellte Wirkung der Interaktionseffekte auch bei gleichzeitiger Kontrolle erhalten bleibt. Einerseits wird bei höherem eigenem Erwerbseinkommen der pflegenden Frauen die Erwerbstätigkeit seltener aufgegeben, andererseits unterbrechen Frauen aus finanziell besser positionierten Haushalten ihre Erwerbstätigkeit häufiger.

5.2 Übergang von einer Teilzeitbeschäftigung in den Hausfrauenstatus

Im Folgenden werden die erwerbstätigen Frauen nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung unterschieden. Die Schätzergebnisse für den Übergang von Teilzeit zum Hausfrauenstatus werden in Tabelle 2 wiedergegeben. In Modell 1 werden nur die Variablen zu Kindern und Pflegefall berücksichtigt. Abermals erhalten wir für die Variable Pflegefall einen signifikanten und positiven Effekt. Das heißt, der Übergang von einer Teilzeiterwerbstätigkeit in den Hausfrauenstatus wird durch den Eintritt eines Pflegefalls deutlich erhöht. In Modell 2 werden erwerbs- und einkommensbezogene Merkmale kontrolliert, wodurch der Einfluss der Pflegevariable noch deutlicher zum Vorschein kommt. Auch für diesen Übergang ist der Einfluss der Pflegevariable deutlich stärker als der Effekt für jüngere Kinder. Man kann deshalb davon ausgehen, dass verheiratete Frauen im Alter von 40 bis 65 Jahren in der Regel Pflegetätigkeit im eigenen Haushalt und Teilzeitarbeit kaum vereinbaren können und ihre Erwerbstätigkeit zugunsten von Pflegeübernahme gänzlich aufgeben. Dieses Ergebnis verweist damit auf einen großen Unterschied zur Situation von jungen verheirateten Frauen, die kleine Kinder oder Schulkinder zu betreuen haben. Diese Frauen sind in Deutschland eher in der Lage, die Anforderungen von Familie und Erwerbstätigkeit durch Teilzeitarbeit zu verbinden (Blossfeld/Hakim 1997, Drobnič 2000).

Die Höhe des Haushaltseinkommens an sich scheint in Modell 2 für den Übergang von einer Teilzeiterwerbstätigkeit in den Hausfrauenstatus keine bedeutende Rolle zu spielen. Dies ist beim eigenen Erwerbseinkommen der Frauen anders: Je

Tabelle 2 Schätzergebnisse für die Übergangsrate von einer Teilzeitbeschäftigung in den Hausfrauenstatus für verheiratete Frauen über 40 Jahre¹

	Modell 1		Modell 2		Modell 3		Modell 4		Modell 5	
	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik
Konstante	-4,767**	-80,58	-3,192**	-3,50	-2,137*	-2,36	-3,416**	-3,86	-1,549+	-1,78
Pflegefall im HH	0,750*	2,45	0,867**	2,80	2,413**	6,74	0,141	0,24	1,567*	2,53
Interaktion Pflegefall und HHeinkommen							0,023+	1,75	0,029*	2,28
Interaktion Pflegefall und Erwerbseinkommen der Frau					-0,182*	-3,74			-0,189**	-2,88
Kind unter 6 J.	0,912**	4,29	0,421+	1,87	0,654**	2,93	0,371+	1,67	0,707**	3,20
Kind 6–10 J.	0,758**	5,15	0,618**	3,94	0,473**	2,99	0,571**	3,72	0,525**	3,39
Kind 10–16 J.	0,060	0,50	-0,188	-1,53	-0,181	-1,47	-0,215+	-1,76	-0,146	-1,21
HHeinkommen			0,006	1,51	-0,006	-1,40				
Erwerbseinkommen der Frau			-0,097**	-14,04			-0,096**	-13,90		
Höchster Bildungsabschluss			0,077**	3,75	-0,003	-0,14	0,083**	4,18	-0,013	-0,64
Jahre in Vollzeit			-0,003	-0,48	-0,022**	-3,34	-0,003	-0,50	-0,025**	-3,63
Jahre in Teilzeit			-0,034**	-4,61	-0,060**	-7,91	-0,034**	-4,62	-0,061**	-8,09
Post-Sample			-0,864	-1,41	-0,954	-1,56	-1,073+	-1,84	-0,581	-1,00
Erwerbsquote verh. Frauen			-0,002	-1,13	-0,003+	-1,67	-0,002	-0,83	-0,005*	-2,50
Log Likelihood		-2604,32		-2400,25		-2533,89		-2400,01		-2532,77

1096 Frauen (861 west-, 175 ostdeutsche) mit 1516 Episoden, davon enden 465 Episoden im Status Hausfrau.

** $\alpha \leq 0,01$; * $\alpha \leq 0,05$; + $\alpha \leq 0,1$.

höher das Erwerbseinkommen bei Teilzeitbeschäftigung, desto geringer die Neigung, diese Erwerbstätigkeit zu verlassen. Wie bereits in den Modellen von Tabelle 1 zeigt sich auch hier der Homogamieeffekt von Bildung. Schließlich wirkt sich der Umfang der Arbeitsmarkterfahrung in Teilzeiterwerbstätigkeit hemmend auf den Übergang in den Hausfrauenstatus aus. Die beiden makrostrukturellen Variablen „Ost-Sample“ und Erwerbsquote haben zwar das erwartete negative Vorzeichen, aber sie erreichen keine signifikanten Niveaus.

In Modell 3 zeigt sich, dass der Interaktionseffekt „Pflegefall und Erwerbseinkommen“ signifikant negativ ist. Das heißt, dass auch der Konflikt zwischen Teilzeiterwerbstätigkeit und Pflegeübernahme um so größer wird, je höher das Erwerbseinkommen der Frau ist. Umgekehrt ist der Einfluss des Interaktionseffekts „Pflegefall und Haushaltseinkommen“ in Modell 4 signifikant positiv. Die Neigung, die Teilzeiterwerbstätigkeit im Zusammenhang mit Pflegeereignissen zu unterbrechen, steigt also mit dem Niveau des Haushaltseinkommens. Die gegensätzlichen Effekte von eigenem Erwerbseinkommen der Frau und Haushaltseinkommen auf die Teilzeiterwerbstätigkeit im Zusammenhang mit der Pflege werden in Modell 5 noch einmal ganz deutlich.

5.3 Übergang von Vollzeiterwerbstätigkeit zu Teilzeitarbeit und Hausfrauenstatus

Schließlich wurden noch Modelle für Vollzeitbeschäftigte mit den beiden konkurrierenden Übergängen in den Hausfrauenstatus und in die Teilzeiterwerbstätigkeit geschätzt (Tabelle 3). Wir beginnen unsere Interpretation mit dem Übergang von einer Vollzeitbeschäftigung in den Hausfrauenstatus. In Modell 1 hat die Pflegevariable einen starken, positiven Effekt auf diesen Übergang. Der Eintritt eines Pflegefalls erhöht damit die Unterbrechungsneigung um 248 Prozent. Im Falle von Kindern unter 6 Jahren ergibt sich für die Mutter dagegen keine Wirkung auf einen Übergang in den Hausfrauenstatus. Das Fehlen dieses Effektes ist sicherlich auf den Zuschnitt unserer Analyse zurückzuführen. Vollzeit erwerbstätige Frauen mit Vorschulkindern sind in der Gruppe der Frauen ab einem Alter von 40 Jahren eher die Ausnahme.

Deutlich zeigt sich in Modell 2, dass mit zunehmendem Haushaltseinkommen Vollzeit erwerbstätige Frauen eine erhöhte Neigung haben, in den Hausfrauenstatus überzugehen, wohingegen das eigene Erwerbseinkommen sich wieder negativ auf diesen

Übergang auswirkt. Für die Bildungsvariable können wir in unseren Modellen keinen signifikanten Einfluss feststellen. Es zeigt sich auch, dass sich für Vollzeitbeschäftigte die Erfahrungen mit Vollzeiterwerbstätigkeit hemmend auf den Übergang in den Hausfrauenstatus auswirken. Erfahrungen im Bereich der Teilzeitarbeit haben für Vollzeitbeschäftigte dagegen keinerlei Bedeutung.

In Modell 3 kontrollieren wir weiterhin, ob es sich um westdeutsche oder ostdeutsche Frauen handelt und die Höhe der Erwerbsquote. Ostdeutsche Frauen haben eine sehr niedrige Neigung, in den Status Hausfrau zu wechseln. Bei Kontrolle dieser Variable verliert der Effekt „Pflegefall im Haushalt“ an Stärke und Signifikanz. Dies deutet darauf hin, dass es vor allem westdeutsche Frauen sind, die ihre Vollzeiterwerbstätigkeit wegen Pflege unterbrechen.¹⁰ Wegen der geringen Fallzahl an Pflegefällen konnten aus statistischen Gründen keine (mit den in den Tabellen 1 und 2 vergleichbaren) Modelle mit Interaktionseffekten geschätzt werden.

Wir konzentrieren uns nun auf den Übergang von einer Vollzeitbeschäftigung in eine Teilzeitbeschäftigung (Tabelle 3, unterer Teil). Auch hier lässt sich kein Hinweis dafür finden, dass Vollzeit beschäftigte Frauen versuchen, Pflegetätigkeit und Erwerbstätigkeit durch eine Stundenreduzierung zu vereinbaren (Modelle 1, 2 und 3). Insgesamt haben nur wenige Variablen einen Einfluss auf den Übergang von Vollzeit in Teilzeit. Zu den konsistent starken Einflussfaktoren gehören die Anzahl der Jahre, die bereits in einer Vollzeitbeschäftigung verbracht wurden, und das eigene Erwerbseinkommen. Frauen mit einer längeren Gesamtdauer in Vollzeitbeschäftigung und höherem eigenen Erwerbseinkommen wechseln weniger häufig in eine Teilzeitbeschäftigung. Dagegen lässt sich aber bei steigendem Haushaltseinkommen eine stärkere Neigung für Übertritte in Teilzeitbeschäftigung feststellen.

6. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die empirischen Ergebnisse dieses Beitrags unterstützen die These, dass verheiratete Frauen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit haben, ihre Erwerbstätigkeit aufzugeben, wenn im Haushalt ein Pflegefall auftritt. Dies konnte für die Dekade vor der Einführung der Pflegeversicherung sowohl für Teilzeit er-

¹⁰ Aufgrund der geringen Fallzahlen konnte keine vernünftige Modellschätzung mit einem Interaktionseffekt von Ost-Sample und Pflegefall vorgenommen werden.

Tabelle 3 Schätzergebnisse für die Übergangsraten von einer Vollzeitbeschäftigung in den Hausfrauenstatus oder in eine Teilzeitbeschäftigung für verheiratete Frauen über 40 Jahre¹ (Modelle mit konkurrierenden Risiken)

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik	Koeff.	t-Statistik
Übergang in den Status Hausfrau						
Konstante	-6,460**	-50,76	-3,178**	-4,85	-5,392*	-2,48
Pflegefall im HH	1,247*	2,12	1,350*	2,27	1,017+	1,70
Kind unter 6 J.	-0,040	-0,04	0,108	0,11	0,169	0,17
Kind 6–10 J.	0,872*	2,04	0,642	1,47	0,781+	1,78
Kind 10–16 J.	0,047	0,16	-0,111	-0,36	-0,014	-0,04
HHeinkommen			0,015**	5,27	0,012**	3,51
Erwerbseinkommen der Frau			-0,065**	-7,48	-0,069**	-8,10
Höchster Bildungsabschluss			-0,076	-1,39	-0,017	-0,35
Jahre in Vollzeit			-0,050**	-4,13	-0,031**	-2,64
Jahre in Teilzeit			-0,019	-1,17	-0,019	-1,12
Ost-Sample					-2,539*	-2,12
Erwerbsquote verh. Frauen					0,004	0,82
Übergang in Teilzeitbeschäftigung						
Konstante	-5,546**	-68,66	-4,588**	-11,72	-5,743**	-3,66
Pflegefall im HH	-0,769	-0,77	-0,675	-0,67	-0,652	-0,65
Kind unter 6 J.	-0,261	-0,37	-0,271	-0,38	-0,294	-0,41
Kind 6–10 J.	0,674*	2,25	0,442	1,44	0,450	1,47
Kind 10–16 J.	0,196	1,07	0,047	0,25	0,045	0,24
HHeinkommen			0,008*	2,21	0,008*	2,04
Erwerbseinkommen der Frau			-0,036**	-7,32	-0,036**	-7,32
Höchster Bildungsabschluss			0,041	1,44	0,039	1,36
Jahre in Vollzeit			-0,031**	-3,68	-0,031**	-3,48
Jahre in Teilzeit			0,016	1,50	0,016	1,50
Ost-Sample					-0,604	-0,73
Erwerbsquote verh. Frauen					0,003	0,77
Log Likelihood	-1944,95		-1840,95		-1827,21	

¹ 1135 Frauen (592 west-, 543 ostdeutsche) mit 1450 Episoden, davon enden 84 Episoden im Status Hausfrau und 205 Episoden in Teilzeitbeschäftigung.

** $\alpha \leq 0.01$; * $\alpha \leq 0.05$; + $\alpha \leq 0.1$.

werbstätige als auch für Vollzeit erwerbstätige Frauen gezeigt werden. Bei Teilzeit erwerbstätigen Frauen, die eigentlich mehr Zeit für die Familie hätten, scheint dieses Zeitbudget offensichtlich nicht auszureichen, um die Pflege von Angehörigen mit der eigenen Erwerbstätigkeit in Einklang zu bringen. Für Vollzeit beschäftigte Frauen zeigt sich, dass eine Reduzierung der Arbeitszeit auf Teilzeit zur Lösung des Pflege-Erwerbstätigkeits-Konfliktes ebenfalls nicht genutzt wird. Stattdessen ziehen sich diese Frauen auch eher ganz aus der Erwerbstätigkeit zurück. Mit anderen Worten: Die Anforderungen bei Pflege älterer Personen im selben Haushalt

scheinen in der Regel so zu sein, dass für diese Frauen eine Teilzeitlösung eher selten in Frage kommt und die Erwerbstätigkeit stattdessen meist vollständig unterbrochen wird. Damit ergibt sich ein bemerkenswerter Unterschied zur Betreuung von Kindern, bei der sich in den letzten Jahrzehnten die Kompromissstrategie „Teilzeiterwerbstätigkeit“ als Lösung des Konfliktes zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit zunehmend herauskristallisiert hat.

Die Pflege alter Menschen scheint sich von der Betreuung kleiner Kinder in wichtigen Dimensionen zu unterscheiden. (1) Zunächst gibt es größere Un-

terschiede in der Flexibilität der Betreuungsaufgaben: Kinder können oft einmal „zwischen durch“ von Großeltern, Verwandten oder anderen Personen mitbetreut werden, die Pflege alter Menschen konzentriert sich hingegen stärker auf eine Hauptpflegeperson. (2) Kinder sind darüber hinaus oft mobiler und können deshalb auch leichter mitgenommen werden, z. B. zum Einkaufen oder anderen außerhäuslichen Verrichtungen. Diese Mobilität ist bei Pflegebedürftigen eher selten gegeben. (3) Während Kinder mit zunehmendem Alter in ihren alltäglichen Verrichtungen (z. B. Körperpflege) unabhängiger und selbständiger werden, werden Pflegebedürftige mit zunehmendem Alter von ihren Betreuungskräften häufig abhängiger. (4) Kinder sind aufgrund ihrer Körpergröße und ihres -gewichts leichter „handhabbar“, dagegen bedeuten erwachsene pflegebedürftige Menschen oft harte körperliche Arbeit für die Betreuungspersonen. (5) Auch die psychischen Belastungen der Pflege älterer Menschen mit ihren „Eigenheiten“ sind häufig höher als bei kleinen Kindern, und im Fall von (Schwieger-)Töchtern treten zum Teil Rollenkonflikte auf, da die (Schwieger-)Eltern dann quasi zu Kindern werden, die von (ehemals) abhängigen Kindern betreut werden. Bei der Kindererziehung ist die Autoritätsbeziehung von betreuender Person und Kind dagegen klar. (6) Schließlich ist bei der Betreuung kleiner Kinder, die von drei Jahren an in den Kindergarten und von sechs Jahren an in die Schule gehen, eine institutionelle Unterstützung von (Teilzeit-)Erwerbstätigkeit gegeben. Bei der Pflege alter Menschen fehlt eine solche institutionelle Unterstützung weitgehend. Darüber hinaus ist im Voraus nicht einmal die zeitliche Dauer der Betreuungsleistungen abschätzbar (Dallinger 1998, Schmidtke 1987: 74). Dies erschwert natürlich die Planbarkeit von Teilzeitlösungen und den Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit.

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft und der damit verbundene Anstieg von Pflegefällen könnten sich somit vor allem zu Lasten von Frauen auswirken. Denn aus vielen Arbeitsmarktstudien ist bekannt, dass Erwerbsunterbrechungen im Vergleich zur Teilzeitarbeit eine negativere Wirkung auf den weiteren Einkommens- und Karriereverlauf von Frauen und deren Arbeitsmarktchancen haben (vgl. z. B. Blossfeld/Hakim 1997). Pflegenden Frauen, die gänzlich aus dem Erwerbssystem aussteigen, müssen größere Einbußen in ihrem späteren Einkommenspotential hinnehmen oder sogar mit einem vorzeitigen Ende ihrer Berufsbiografie rechnen. Folglich führt die Alterung der Gesellschaft, im Sinne eines ungeplanten Ne-

benefekts, zu einem zusätzlichen Arbeitsmarktrisiko für ältere, verheiratete Frauen – ein Zusammenhang, der bisher viel zu wenig öffentliche Beachtung gefunden hat. Dieses neue Risiko läuft insbesondere den politischen Bemühungen um eine Verstetigung der Erwerbsverläufe von Frauen diametral entgegen.

Als weiteres wichtiges Ergebnis unserer empirischen Analyse lässt sich festhalten, dass bei den Frauen mit hohem Einkommen der Konflikt zwischen Erwerbstätigkeit und Pflegeübernahme besonders groß ist. Dies unterstützt die Humankapitaltheorie, die davon ausgeht, dass Bildungsinvestitionen zu hohen Einkommenschancen führen und damit die Opportunitätskosten der häuslichen Pflege sich deutlich erhöhen. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, dass mit zunehmendem Haushaltseinkommen Erwerbsunterbrechungen zugunsten von häuslicher Pflege wahrscheinlicher werden. Das heißt, die Frauen werden bei höheren Haushaltseinkommen wahrscheinlich auch eher zu Entscheidungen verleitet, die ihren Interessen entgegen laufen. Der Hintergrund dürfte sein, dass in Deutschland die Kosten von Pflegediensten und Heimunterbringung hoch sind und nach dem Bundessozialhilfegesetz der Ehepartner, die Kinder oder die Eltern der pflegebedürftigen Person für die Kosten dieser Pflegeleistungen in die Pflicht genommen werden. Darüber hinaus gilt natürlich, dass Erwerbsunterbrechungen überhaupt nur dann möglich sind, wenn sonst genügend Haushaltseinkommen verfügbar ist.

Für den Fall der intergenerationalen Pflege, die drei Viertel der von uns untersuchten Pflegeverhältnisse darstellen, ist offen, ob (Schwieger-)Töchter auch in Zukunft ihre Erwerbstätigkeit im selben Umfang weiterhin zugunsten von Pflege unterbrechen werden. In der Familie ist auf der Seite der (Ehe-)Männer wegen der Asymmetrie des Geschlechtsrollenwandels im familiären Bereich in absehbarer Zukunft sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland kurzfristig keine große Änderung des Erwerbsverhaltens wegen der Pflege älterer Familienangehöriger im eigenen Haushalt zu erwarten. Für die Pflege älterer Angehöriger, insbesondere wenn sie verwitwet sind, werden deswegen auch in Zukunft weiterhin vor allem die (Schwieger-)Töchter zuständig sein. Ihr Erwerbsverhalten dürfte im Falle eines Pflegefalls stark von den Preisen für die Pflegedienstleistungen abhängen. Diese sind aber politisch steuerbar. Bei geringen Kosten für ambulante und/oder stationäre Pflege könnte bei vielen Frauen die Kosten-Nutzen-Kalkulation eher zugunsten von Pflegeambulantem bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit ausfallen.

Auch dürften die Einführung der Pflegeversicherung, die in der empirischen Analyse nicht berücksichtigt werden konnte, und ihre zukünftige Entwicklung das Pflege- und Erwerbsverhalten beeinflussen. Hier kann von zwei gegenläufigen Tendenzen ausgegangen werden. Zwar favorisiert die Pflegeversicherung die Unterbringung in Privathaushalten, doch wird durch sie eine Heimunterbringung erschwinglicher, sofern ihre Leistungen auf die aktuellen Heimpflegekosten abgestimmt sind. In diesem Fall sollte sich der Druck auf die Erwerbsaufgabe zugunsten von Pflege verringern. Auf der anderen Seite können nach Einführung der Pflegeversicherung Pflegenden unter bestimmten Voraus-

setzungen Rentenansprüche erwerben und die Pflegebedürftigen zwischen Geld- und Sachleistungen wählen. Entscheiden die Pflegebedürftigen sich für Geldleistungen und geben diese an die pflegenden Angehörigen weiter, dann erhöht sich deren Nicht-Erwerbseinkommen. Dies könnte die Entscheidung für eine Erwerbsunterbrechung bei Frauen mit pflegebedürftigen Angehörigen erleichtern, weil dadurch die Kosten für eine Unterbrechung sinken. Es ist aber durchaus vorstellbar, dass – in Analogie zu der Entwicklung der Elternzeit bei der Kleinkindererziehung – die gesetzlichen Regeln der Pflegeversicherung zukünftig so gestaltet werden, dass die Kombination von Teilzeitbeschäftigung und gleich-

Anhang: Beschreibung der Variablen

Variablenname	zeitver- änderlich	Variablenwerte und -beschreibung
Pflegefall im Haushalt (HH)	ja	1 = pflegebedürftige Person im Haushalt (mindestens 60 Jahre alt), ansonsten 0.
Interaktion Pflegefall und HHeinkommen	ja	Interaktionseffekt von Pflegefall im Haushalt und dem Haushaltseinkommen (s. u.). Wenn ein Pflegefall im Haushalt ist, dann hat diese Variable den Wert des Haushaltseinkommens [in 1000 DM], ansonsten 0.
Interaktion Pflegefall und Erwerbseinkommen der Frau	ja	Interaktionseffekt von Pflegefall im Haushalt und dem Bruttoerwerbseinkommen der Frau (s. u.). Wenn ein Pflegefall im Haushalt ist, dann hat diese Variable den Wert des Erwerbseinkommens der Frau [in 1000 DM], ansonsten 0.
Kind unter 6 J.	ja	1 = jüngstes Kind ist unter 6 Jahre, ansonsten 0.
Kind 6–10 J.	ja	1 = jüngstes Kind ist zwischen 6 und 10 Jahre, ansonsten 0.
Kind 10–16 J.	ja	1 = jüngstes Kind ist mindestens 10 Jahre und höchstens 15 Jahre alt, ansonsten 0.
HHeinkommen	ja	Verfügbares Haushaltseinkommen im vorangegangenen Jahr [in 1000 DM]. Nach Haushaltsgröße gewichtet.
Erwerbseinkommen der Frau	ja	Bruttoerwerbseinkommen der untersuchten Frau im vorangegangenen Jahr [in 1000 DM].
Höchster Bildungsabschluss	nein	Ausbildungsjahre (Kombination aus dem erreichten Schul- und Berufsabschluss): 19 = Hochschule, 17 = Fachhochschule, 15 = Abitur mit Ausbildung, 13 = Abitur ohne Ausbildung, 12 = Realschule (bzw. 10. Klasse in der DDR) mit Ausbildung, 11 = Hauptschule (bzw. 8. Klasse in der DDR) mit Ausbildung, 10 = Realschule (bzw. 10. Klasse in der DDR) ohne Ausbildung, 9 = Hauptschule (bzw. 8. Klasse in der DDR) ohne Ausbildung, 8 = Ohne Abschluss.
Jahre in Vollzeit	ja	Anzahl der Jahre, die eine Frau bereits Vollzeit erwerbstätig war. Wird jährlich aktualisiert.
Jahre in Teilzeit	ja	Anzahl der Jahre, die eine Frau bereits Teilzeit erwerbstätig war. Wird jährlich aktualisiert.
Vollzeit beschäftigt	ja	1 = Frau ist Vollzeit erwerbstätig, 0 = Frau ist Teilzeit erwerbstätig.
Ost-Sample	nein	1 = Frau gehört zur Teilstichprobe C (ostdeutsche Frauen), 0 = Frau gehört zur Teilstichprobe A (westdeutsche Frauen).
Erwerbsquote verh. Frauen	ja	

zeitiger Pflege eine attraktivere und realisierbare Alternative wird.

Literatur

- Allison, P. D., 1995: *Survival Analysis Using the SAS® System: A Practical Guide*. Cary, NC: SAS Institute.
- Beck, B., 1997: Fallstudien über erwerbstätige Hilfe-/Pflegeleistende in der Bundesrepublik Deutschland. S. 159–237 in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege*. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.
- Becker, G. S., 1993a: *Ökonomische Erklärung menschlichen Verhaltens*. Tübingen: Mohr.
- Becker, G. S., 1993b: *A Treatise on the Family*. 2nd, enlarged edition. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Blau, P. M., 1994: *Structural Contexts of Opportunities*. Chicago: University of Chicago Press.
- Blossfeld, H.-P., 1985: *Bildungsexpansion und Berufschancen*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Blossfeld, H.-P., 1989: *Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Blossfeld, H.-P., 1991: *Der Wandel von Ausbildung und Berufseinstieg bei Frauen*. S. 1–22 in: K. U. Mayer / J. Allmendinger / J. Huinink (Hrsg.), *Vom Regen in die Traufe: Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Blossfeld, H.-P., (Hrsg.) 1995: *The New Role of Women: Family Formation in Modern Societies*. Boulder (CO): Westview Press.
- Blossfeld, H.-P. / Drobnič, S., (Hrsg.) 2001: *Careers of Couples in Contemporary Societies: From Male Breadwinner to Dual-Earner Families*. Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. / Drobnič, S. / Rohwer, G., 2001: *Spouses' Employment Careers in (West) Germany*. S. 53–76 in: H.-P. Blossfeld / S. Drobnič (Hrsg.), *Careers of Couples in Contemporary Societies: From Male Breadwinner to Dual-Earner Families*. Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. / Hakim, C., (Hrsg.) 1997: *Between Equalization and Marginalization: Women Working Part-Time in Europe and the United States of America*. Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. / Hamerle, A. / Mayer, K. U., 1986: *Ereignisanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Blossfeld, H.-P. / Klijzing, E. / Pohl, K. / Rohwer, G., 1999: *Why Do Cohabiting Couples Marry? An Example of a Causal Event History Approach to Interdependent Systems*. *Quality and Quantity* 33: 229–242.
- Blossfeld, H.-P. / Mills, M., (im Erscheinen): *A Causal Approach to Interrelated Family Events: A Cross-national Comparison of Cohabitation, Nonmarital Conception, and Marriage*. *Canadian Journal of Population*.
- Blossfeld, H.-P. / Müller, R., 1996: *Sozialstrukturanalyse, Rational Choice Theorie und die Rolle der Zeit. Ein Versuch zur dynamischen Integration zweier Theorieperspektiven*. *Soziale Welt* 47: 382–410.
- Blossfeld, H.-P. / Prein, G., (Hrsg.) 1998: *Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis*. Boulder, CO: Westview Press.
- Blossfeld, H.-P. / Rohwer, G., 1995: *Techniques of Event History Modeling: New Approaches to Causal Analysis*. Mahwah, NJ: Erlbaum.
- Blossfeld, H.-P. / Rohwer, G., 1997: *Part-Time Work in West Germany*. S. 164–190 in: H.-P. Blossfeld / C. Hakim (Hrsg.), *Between Equalization and Marginalization: Women Working Part-Time in Europe and the United States of America*. Oxford: Oxford University Press.
- Blossfeld, H.-P. / Timm, A., 1997: *Das Bildungssystem als Heiratsmarkt. Eine Längsschnittanalyse der Wahl von Heiratspartnern im Lebenslauf*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53: 440–476.
- Borscheid, P., 1992: *Der alte Mensch in der Vergangenheit*. S. 35–61 in: P. B. Baltes / J. Mittelstraß (Hrsg.), *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung*. Berlin, New York: de Gruyter.
- Brody, E. A. / Kleban, M. H. / Johnsen, P. T. / Hoffman, C. / Schoonover, C. B., 1987: *Work Status and Parent Care: A Comparison of Four Groups of Women*. *The Gerontologist* 27: 201–208.
- Buhmann, B. / Rainwater, L. / Schmaus, G. / Smeeding T. M., 1998: *Equivalence Scales, Well-Being, Inequality and Poverty: Sensitivity Estimates across Ten Countries Using the Luxembourg Income Study (LIS) Database*. *Review of Income and Health* 34: 115–142.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 1996: *Hilfe- und Pflegebedürftige in privaten Haushalten: Endbericht*. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG) 2000: *Fünf Jahre Pflegeversicherung – eine Zwischenbilanz*. Pressemitteilung Nr. 28 vom 31. März 2000.
- Bundessozialhilfegesetz (BSHG), Stand 01.04.1999.
- Burkhauser, R. V. / Kreyenfeld, M. / Wagner, G. G., 1997: *The German Socio-Economic Panel: A Representative Sample of Reunited Germany and Its Parts*. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 66: 7–16.
- Coleman, J. S., 1991: *Grundlagen der Sozialtheorie*. Bd. 1, München: Oldenbourg.
- Conen, G., 1998: *Generationenbeziehungen sind auch Geschlechterbeziehungen*. *Zeitschrift für Frauenforschung* 16: 137–153.
- Dallinger, U., 1997: *Ökonomie der Moral. Konflikt zwischen familiärer Pflege und Beruf aus handlungstheoretischer Perspektive*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dallinger, U., 1998: *Der Konflikt zwischen familiärer Pflege und Beruf als handlungstheoretisches Problem*. *Zeitschrift für Soziologie* 27: 94–112.
- Drobnič, S., 1997: *Generational Differences in Married Women's Employment Careers: The Impact of Household Characteristics*. S. 65–89 in: R. Becker (Hrsg.), *Generationen und Sozialer Wandel: Generationsdynamik und Sozialer Wandel*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- mik, Generationenbeziehungen und Differenzierung von Generationen. Opladen: Leske + Budrich.
- Drobnič, S., 2000: Effects of Children on Married and Lone Mothers' Employment in the United States and (West) Germany. *European Sociological Review* 16: 137–157.
- Drobnič, S. / Blossfeld, H.-P., 2001: Careers of Couples and Trends in Inequality. S. 371–386 in: H.-P. Blossfeld / S. Drobnič (Hrsg.), *Careers of Couples in Contemporary Societies: From Male Breadwinner to Dual-Earner Families*. Oxford: Oxford University Press.
- Drobnič, S. / Blossfeld, H.-P. / Rohwer, G., 1999: Dynamics of Women's Employment Patterns over the Family Life Course: A Comparison of the United States and Germany. *Journal of Marriage and the Family* 61: 133–146.
- Drobnič, S. / Schneider, T., 2000: Der Übergang erwerbstätiger Ehepartner in den Ruhestand aus der Lebenslaufperspektive. S. 205–220 in: W. R. Heinz (Hrsg.), *Übergänge – Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*. Sonderheft der Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. Weinheim: Juventa.
- Esser, H., 1996: *Soziologie. Allgemeine Grundlagen*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Gottlieb, B. H. / Kelloway, E. K. / Fraboni, M., 1994: Aspects of Eldercare That Place Employees at Risk. *The Gerontologist* 34: 815–821.
- Gouldner, A. W., 1984a: Etwas gegen nichts. Reziprozität und Asymmetrie. S. 118–164 in: A. W. Gouldner (Hrsg.), *Reziprozität und Autonomie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Gouldner, A. W., 1984b: Die Norm der Reziprozität. Eine vorläufige Formulierung. S. 79–117 in: A. W. Gouldner (Hrsg.), *Reziprozität und Autonomie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hollstein, B. / Bria, G., 1998: Reziprozität in Eltern-Kind-Beziehungen? Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. *Berliner Journal für Soziologie* 8: 7–22.
- Imhof, A. E., 1981: *Die gewonnenen Jahre*. München: Beck.
- Kurz, K., 1998: Das Erwerbsverhalten von Frauen in der intensiven Familienphase. Ein Vergleich zwischen Müttern in der Bundesrepublik Deutschland und den USA. Opladen: Leske + Budrich.
- Lauterbach, W., 1994: *Berufsverläufe von Frauen: Erwerbstätigkeit, Unterbrechung und Wiedereintritt*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lauterbach, W. / Huinink, J. / Becker, R., 1994: Erwerbsbeteiligung und Berufschancen von Frauen. Theoretische Ansätze, methodische Verfahren und empirische Ergebnisse aus der Lebenslaufperspektive. S. 175–208 in: P. Beckmann und G. Engelbrech (Hrsg.), *Arbeitsmarkt für Frauen 2000 – Ein Schritt vor oder ein Schritt zurück? Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 179. Nürnberg.
- Lindenberg, S., 1977: Individuelle Effekte, kollektive Phänomene und das Problem der Transformation. S. 46–84 in: K. Eichner und W. Habermehl (Hrsg.), *Probleme der Erklärung sozialen Verhaltens*. Meisenheim: Anton Hain.
- Lindenberg, S. / Wippler, R., 1978: Theorienvergleich: Elemente der Rekonstruktion. S. 219–231 in: K.-O. Hondrich und J. Matthes (Hrsg.), *Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften*. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.
- Lutz, W. / Scherbov, S., 1998: Probabilistische Bevölkerungsprognosen für Deutschland. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 23: 83–109.
- Mayer, K. U. / Wagner, M., 1996: Lebenslagen und soziale Ungleichheit im hohen Alter. S. 251–275 in: K. U. M. / P. B. Baltes (Hrsg.), *Die Berliner Altersstudie*. Berlin: Akademie Verlag.
- Merton, R. K., 1936: The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. *American Sociological Review* 1: 894–904.
- Mincer, J., 1974: *Schooling, Experience, and Earnings*. New York, London: Columbia University Press.
- Mitterauer, M., 1977: Der Mythos von der vorindustriellen Großfamilie. S. 38–64 in: M. Mitterauer / R. Siedler: *Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie*. München: Beck.
- Neal, M. B. / Chapman, N. J. / Ingersoll-Dayton, B. / Emlen, A. C., 1993: *Balancing Work and Caregiving for Children, Adults, and Elders*. Newbury Park, London, New Delhi: Sage.
- Pötter, U. / Blossfeld, H.-P., 2001: Causal Inference from Series of Events. *European Sociological Review* 17: 21–32.
- Prein, G., 1998: Modeling Rational Action: A Longitudinal Approach. S. 247–257 in: H.-P. Blossfeld / G. Prein (Hrsg.), *Rational Choice Theory and Large-Scale Data Analysis*. Boulder, CO: Westview Press.
- Raub, W. / Voss, T., 1981: *Individuelles Handeln und gesellschaftliche Folgen: das individualistische Programm in den Sozialwissenschaften*. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.
- Rohwer, G. / Pötter, U., 1998: *TDA User's Manual*. Bochum, Ruhr-Universität Bochum.
- Rosenbaum, H., 1982: *Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rossi, A. S. / Rossi, P. H., 1990: *On Human Bonding: Parent-Child Relations Across the Life Course*. Hawthorne, New York: de Gruyter.
- Scharlach, A. E. / Boyd, S. L., 1989: Caregiving and Employment: Results of an Employee Survey. *The Gerontologist* 29: 382–387.
- Schmidtke, C., 1987: Frauen pflegen ihre Mütter. S. 65–112 in: M. Bracker / U. Dallinger / M. Middeke (Hrsg.), *Altweibersommer. Beiträge zu den späten Jahren der Frau*. Kassel, ASG-Veröffentlichung Nr. 11.
- Schneekloth, U. / Müller, U., 2000: Wirkungen der Pflegeversicherung. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit durchgeführt von I+G Gesundheitsforschung, München, und Infratest Burke Sozialforschung, München. Baden-Baden: Nomos.
- Schulz, E. / Leidl, R. / König, H.-H., 2001: *Starker Anstieg der Pflegebedürftigkeit zu erwarten – 2001*. Vorausschätzung

- gen bis 2020 mit Ausblick auf 2050. DIW Wochenbericht 68: 65–77.
- Schupp, J., 1991: Teilzeitarbeit als Möglichkeit der beruflichen (Re-)Integration. S. 207–232 in: K. U. Mayer / J. Allmendinger / J. Huinink (Hrsg.), *Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Schütze, Y. / Lang, F. R., 1992: Verantwortung für alte Eltern – eine neue Phase im Lebensverlauf. *Familie und Recht* 6: 336–341.
- Sozialgesetzbuch, Elftes Buch (SGB XI), Stand 21.07.1999.
- Statistisches Bundesamt (StBA) 1998: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit*. Fachserie 1, Reihe 4.1.1. Stuttgart: Metzler-Poeschel.
- Stephan, G., 1995: *Zur Dynamik des Arbeitsangebotes von Frauen. Vollzeit-, Teilzeit- und Nichterwerbstätigkeit*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Tews, H. P., 1994: *Alter und Altern in unserer Gesellschaft*. S. 20–74 in: H. Reinmann / H. Reinmann (Hrsg.), *Einführung in die Gerontologie*. 3., neu bearb. Auflage. Stuttgart: Enke.
- Thiede, R., 1988: Die besondere Lage der älteren Pflegebedürftigen. Empirische Analysen und sozialpolitische Überlegungen auf der Basis aktuellen Datenmaterials. *Sozialer Fortschritt* 36: 250–255.
- Vaskovics, L. A., 1997: Solidarleistungen der Eltern für ihre erwachsenen Kinder in den neuen und alten Bundesländern. S. 97–108 in: J. Mansel / G. Rosenthal / A. Tölke (Hrsg.), *Generationen-Beziehungen, Austausch / Tradierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wentowski, G. J., 1981: Reciprocity and the Coping Strategies of Older People: Cultural Dimensions of Network Building. *The Gerontologist* 21: 600–609.
- Wippler, R., 1978: Nicht-intendierte soziale Folgen individueller Handlungen. *Soziale Welt* 29: 155–179.

Summary: This article draws on life history data from the Socio-Economic Panel to examine whether the presence of an older household member in need of care has an effect on the employment behavior of married women aged 40-65 in Germany. Empirical results support the hypothesis that care-giving in married women's households increases their propensity to give up paid employment. These findings suggest that care for the elderly induces a different strategy than child care, where part-time employment has evolved as a solution to the conflict between family responsibilities and paid employment. In addition, this study demonstrates that the friction between care-giving and employment is more acute for women with higher job income. With increasing household incomes, however, the likelihood of leaving employment increases as well. The findings suggest that population aging and a growing demand for care of the elderly put an increased burden on women especially.